

Die Zeitung erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unter Einverständnis für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,00 M. Inland- und Ausland-Post, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 8-9.

Die nächstgrößere Anzeigenziffer über deren Raum kostet 8,- M. einschließlich Transportaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportaufschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Einzel-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreiser: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

GAZETTE

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ergebnis von Moskau

2. Die Kommunistische Partei und die proletarische Revolution.

Von Sepp Dertter.

Es fällt mir nicht ein, den russischen Stiefel zu lecken, ebensowenig ersterbe ich in demütigster, kritischer Hochachtung vor der kommunistischen Partei. Gerade die Richtlinien, die der Kongress in Moskau in seinem Exposé über die kommunistische Partei und die proletarische Revolution aufgestellt hat, geben mir Veranlassung zu einer, ich will es ohne weiteres sagen, recht rücksichtslosen Kritik der kommunistischen Partei. Diese Partei ist nichts anderes als ein revolutionärer Popanz, ausgedeutet mit einem durchaus spießbürgerlichen Inhalt. Sie ist weder marxistisch noch überhaupt sozialistisch. Marx hat uns gelehrt, daß der Klassenkampf des Proletariats die Aktion einer erkennenden und klassenbewußten Masse sein müsse. Die kommunistische Partei will die Massen der Proletarier zu einer einstufigen Herde herabwürdigen, die den Kommandos irgend welcher Parteigrößen, die sich irgendwo befinden, in militärischer Disziplin und Subordination gehorcht. Denn um was handelt es sich in den ganzen Richtlinien: Die kommunistische Partei magt sich an, Diktator der gesamten Arbeiterbewegung zu sein und alles, was sich nicht willenlos und ergeben unter diesen Diktator beugt, wird rücksichtslos und ergebnislos unterdrückt. An Stelle einer Massenbewegung, die erfüllt ist von sozialistischer Erkenntnis und sozialistischem Klassenbewußtsein, will sie eine spießbürgerliche Verschwörertruppe sehen nach dem Muster der Carbonari. Weil die kommunistische Partei in ihrem inneren Wesen weder revolutionär noch marxistisch ist, deshalb muß sie sich in ihrem taktischen Programm auf die Methoden der bürgerlichen Verschwörer zurückziehen.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet haben die Richtlinien der kommunistischen Partei ein ganz anderes Gesicht. Diese Richtlinien stellen nichts anderes dar als eine revolutionäre Phraseologie, die unhistorisch und unmarxistisch ist und mehr zur Verwirrung der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes beiträgt, als irgendwie nützen kann. Schon die Voraussetzungen, die in den Richtlinien gegeben werden, sind durchaus unhistorisch und verwirrend. Sie entsprechen wohl den immer sich wiederholenden Phrasen der kommunistischen Partei vom nahen Zusammenbruch, aber sie entsprechen in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen. Es ist nicht wahr, daß in fast allen Ländern, wo es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt, die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe mit der Waffe in der Hand steht. Diese Unrichtigkeit ist aber die Grundlage, auf der sich die ganzen Richtlinien aufbauen. Somit fallen eigentlich diese Richtlinien in sich selbst zusammen. Es ist immer das eigenartige der kommunistischen Partei gewesen, daß sie den Massen etwas vorgaukelte, was ohne auch nur die geringste tatsächliche Unterlage war. Sie hat bisher nichts anderes getan, als Verwirrung in die Massen getragen. Und gerade dem ist es zuzuschreiben, daß, weil sich ihre Voraussetzungen nicht erfüllten, auch in ihren Reihen immer neue Spaltungen eingetreten sind, so daß die kommunistische Partei, soweit Deutschland in Betracht kommt, nur noch aus einer Reihe sich gegenseitig widerstrebender „Zellen“ besteht.

Man muß daher lächeln, wenn die kommunistische Partei in jeder Annäherung von sich sagt, daß sie der vorgeschrittensten, klassenbewußtesten und der revolutionärsten Teil der Arbeiterklasse sei. Mit solcher Annäherung schaut die kommunistische Partei nasenrumpfend auf den Meß der gesamten Arbeiterbewegung herab und hält sich für überlegen, mit ihren Verworfenheiten und Unklarheiten die gesamte Arbeiterklasse zu leiten. Sie glaubt, in ihren Händen müsse die Diktatur über die gesamte Arbeiterbewegung liegen und sie könne die Millionen Arbeiter, die wirklich sozialistisch, revolutionär und klassenbewußt sind, in preußischem Kommandostil kommandieren.

Weil die kommunistische Partei nicht eine Partei der Masse ist, weiß sie in gewisser Beziehung die Masse der Arbeiterklasse mit derselben Arroganz behandelt, wie das bürgerliche Scharfmachertum, deshalb muß sie auch zu Mitteln greifen, um die Arbeitermasse zu gängeln und zu zügeln, die alle anderen sind als revolutionär, sozialistisch und freiheitlich. Wenn eine kleine Minderheit der gesamten Arbeiterbewegung befehlen will, braucht sie selbstverständlich einen eisernen Zentralismus, der jede Selbstständigkeit und Freiheit der sozialistischen Parteien jede Selbstständigkeit und Freiheit der sozialistischen Parteien aufhebt. Sie muß eine kirchliche oder militärische Unterwürfigkeit vor dem Parteioberkommando fordern, das von vornherein jeden Widerspruch ausschaltet.

Die kommunistische Partei muß entsprechend ihrem inneren Wesen dazu kommen, daß sie neben dem legalen Parteizentrum noch ein illegales schafft, in dessen Hände alle eigentliche Macht gelegt ist. Denn ein legales Parteizentrum

Günstige Ausichten der Friedensverhandlungen

Polnische Gegenvorschläge erwartet

Warschau, 2. September. (Funkspruch.)

Eine amtliche Rundgebung besagt: Die russische Delegation in Wladiwostok hat den Wunsch, die Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen, nur die sowjetischen Militärbehörden zeigen eine wenig wohlwollende Haltung. Die russische Delegation betrachtet ihre 15 Punkte nicht als Ultimatum, sondern erwartet polnische Gegenvorschläge. Die Haltung der Russen läßt hoffen, daß der dauerhafte, von uns gewünschte Friede bald geschlossen sein wird.

Der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation, Dombalski, ist am Dienstag in Warschau eingetroffen. Die Frage des Ortes der näheren Verhandlungen war bis gestern noch nicht entschieden.

Trojki über die außerpolitische Lage

Moskau, 1. September.

Trojki hat dieser Tage in der Versammlung der Genossen und Betriebsräte über die außerpolitische Lage gesprochen und hierbei geäußert: Es gibt zwei Auswege aus der jetzigen Lage. Entweder beachtet Polen die Lehre, die es erhalten hat, verzichtet auf die Fortsetzung der Eroberungsversuche und wird sich bemühen, daß Moskau etwas weiter als Warschau von Brest-Litowsk entfernt ist, und erstrebt einen baldigen Frieden, oder wird Polen wieder, auf den Weltimperialismus gestützt, versuchen, das Kriegsglück zu erproben, um Sowjetrußland zu erwürgen. Im ersten Falle wird Polen eine gerechte Rechnung über die vielen Menschenleben erhalten, die durch den polnisch-russischen Krieg vernichtet worden sind. Im anderen Falle aber werden die Arbeiter- und Bauernrepubliken Rußland und Ukraine alles aufbieten, was sie an Kampfkräften und Kampfmitteln besitzen, um die rote Fahne der proletarischen Revolution auch in Warschau aufzurichten.

Die Lage an der Ostfront

Moskau, 2. September.

Die feindlichen Versuche, eine Offensive zu beginnen, sind vereitelt. Der Feind suchte die Offensive zu erreichen, indem er über den Bug setzte. Die Geschäfte dauern fort. Die Polen scheinen zu verzagen, daß sie bei ihrem Rückzug von der Beresina nach der Weichsel viele Gefangene und Geschütze verloren haben. Die bolschewistische Armee war lechzend gezwungen, eine bestimmte Strecke zurückzuweichen, aber ihre Kraft ist keineswegs gebrochen. Sie verfügt über unerschöpfliche Reserven und Hilfsquellen. Die rote Armee hat nach vorübergehenden Rückschlägen noch genügend Kräfte, um sich für einen neuen durchschlagenden

würde doch der Kritik ausgesetzt sein und könnte unter Umständen trotz aller Vorbeugungsmahnen eines Tages seines Amtes entsetzt werden. Ein illegales Parteizentrum, das niemand kennt, von dessen Existenz man nur weiß, kann natürlich nie der Kritik ausgesetzt werden und kann auch nie wegen seiner Dummheiten zur Rechenschaft gezogen werden. Der proletarische Befreiungskampf ist aber nicht eine Sache, die sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzieht. Und all das revolutionäre Gerede von Illegalität und militärischer Disziplin ist im Grunde genommen nur eine Nachahmung früherer bürgerlicher Revolutionsmethoden, die unsere großen Theoretiker des Sozialismus glaubten überwunden zu haben, indem sie mit aller Entschiedenheit dafür eintraten, daß die Arbeiterbewegung aus der Periode der geheimen Verschwörungen herauskam und zu einer großen Massenbewegung wurde. Die Anerkennung der Richtlinien der kommunistischen Partei durch die Unabhängige Sozialdemokratie würde geradezu bedeuten: Unsere Partei als Massenpartei zu vernichten und zu einer Sekte zu machen, die sich sehr bald in hundert andere Sekten zerpalten und zergliedern würde. Es gibt ja leider in unserer Partei Genossen, die innerlich ihr Ideal erblicken in der kommunistischen Partei. Ihre Pflicht als ehrliche Menschen wäre es gewesen, aus unserer Partei zu scheiden und sich den Kommunisten anzuschließen. Sie blieben in unserer Partei, um wenigstens einen Teil davon in das kommunistische Lager zu überführen. Ob ihnen das gelingt, ist zweifelhaft. Aber mit aller Deutlichkeit muß gesagt werden, daß unsere Partei niemals die kommunistischen Grundzüge als die ihrigen anerkannt hat. Wenn sie sich im Leipziger Aktionsprogramm auf den Boden der Diktatur des Proletariats und der Räteherrschaft gestellt hat, so hat sie dabei nicht an jene spießbürgerliche Auffassung von Diktatur gedacht, wie die Kommunisten. Sie hat nicht daran gedacht, daß die Diktatur einer Partei über die Arbeiterklasse aufgerichtet werden soll. Sie kämpft dafür, daß

Sieg umzugruppieren, wie sie schon einmal gegen Denikin, Kollschak und Judenitsch bewiesen hat.

Moskau, 2. September.

Russischer Heeresbericht vom 1. September: Im Abschnitt Grodno, nördlich von Sokoła, sind örtliche Kämpfe im Gange. Abschnitt Cholm: Unsere Abteilungen warfen den Gegner, der das rechte Ufer des Bug bei dem Orte Opalin erreicht hatte, auf das linke Ufer des Flusses zurück. Im Abschnitt Wladimir-Bolshynsk entwickelten unsere Truppen den Vormarsch. Nach der Einnahme von Grubeshow besetzten wir eine Reihe Ortschaften 10 Werst westlich dieser Stadt. Im Abschnitt Sokoła für uns erfolgreiche Kämpfe.

Abchnitt Lemberg: Unter dem Druck des Gegners gingen unsere Abteilungen etwas nach Osten zurück.

An der Krimfront, in den Abschnitten Bereslaw und Orschow, kämpften unsere Truppen mit dem Gegner, der hartnäckigen Widerstand leistet.

Budjennys Rückzug

Königsberg, 2. September.

Im Suwalkigebiet ist seit dem Einmarsch der Polen die Lage unverändert. Bei Filipowo, an der deutschen Grenze, sind polnische Patrouillen aufgetreten. Nördlich von Sokoła finden Kämpfe mit schwachen russischen Nachhuttruppen statt. Die neue Offensive auf dem Innenlängel der 12. Armee und der Armee Budjennys begegnet erfolgreicher polnischer Abwehr. Die Armee Budjennys selbst ist durch Planenumschaltung aus der Richtung Seabowice und nordwestlich von Tomahow in bedrängter Lage und hat den Rückzug eingeleitet.

In der Gegend von Lemberg befinden sich die Bolschewiken nördlich der Bahn Lemberg-Bródny im Rückzuge.

Die Streiklage in Stuttgart

Stuttgart, 2. September.

Der Generalkonflikt geht weiter. Die unter dem Vorbehalt der Regierung geführten Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Aktionsausschuß zu verhandeln, der als eine vorübergehende Erscheinung und nicht als Vertretung der Arbeiterschaft anzusehen sei. Die Arbeitgeber erklärten sich aber bereit, mit den Gewerkschaften und einer von den Arbeitern der geschlossenen Betriebe gewählten Kommission die Verhandlungen fortzusetzen. Eine gestern nachmittag abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte, die einen klärenden Verlauf nahm, hat beschlossen, den Aktionsausschuß aufzulösen, und die Weiterführung des Streiks sowie die Fortsetzung der Verhandlungen in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Im Lande draußen ist der Streik im Abflauen begriffen.

die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeigeführt werde, um die Produktionsmittel aus dem Besitz der Privatkapitalisten in den Besitz der Allgemeinheit zu führen, um mit Schaffung der wirtschaftlichen Gleichheit die soziale und politische Gleichheit zu verwirklichen und damit eine sozialistische Demokratie aufzurichten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist die revolutionäre, sozialistische Partei; ihr Aktionsprogramm, das sie sich in Leipzig gab, konnte die Richtlinien abgeben für eine wirkliche revolutionäre, sozialistische Internationale. Das Vermögen die Richtlinien der kommunistischen Partei und der Moskauer Internationale in keiner Weise. Durch diese Richtlinien würde das Zustandekommen einer wirklich sozialistischen und revolutionären Internationale verhindert werden. Das müssen die Parteigenossen mit aller Klarheit erkennen, dann werden sie die richtige Stellungnahme zur Moskauer Internationale finden.

Unsere Partei wird, und das wird das Gute sein, was uns jetzt Moskau beibringt, als revolutionäre, sozialistische Partei die Scheidelinie zwischen sich und der kommunistischen Partei, als einer spießbürgerlichen und daher reaktionären Partei, strenger als bisher ziehen müssen. Sie wird innerlich geschlossener, sie wird zielklarer werden, und sie wird endlich in ihrer Haltung und Taktik losmachen von dem verächtlichen Hinüberschießen nach der kommunistischen Partei, deren Zungenradikalismus man glaubte nachahmen zu müssen. Nochmals sei es gesagt: Nicht die kommunistische Partei, sondern unsere Partei, die U. S. D., ist berufen, dem internationalen Proletariat jene programmatischen und taktischen Richtlinien zu geben, die allein eine revolutionäre, eine sozialistische und aktionsfähige Internationale aufbauen können.

Pläne der russischen Gegenrevolutionäre

Der Wiener Vertreter des „Berl. Tageblatts“ meldet alarmierende Einzelheiten über die konterrevolutionären Vorbereitungen russischer Monarchisten, die neuerdings im Anschluß an die militärischen Erfolge der Polen eine fieberhafte Tätigkeit entfalten und hierbei die Unterstützung der russischen reaktionärer Kreise genießen. Es heißt in diesem Bericht:

Es sind vor einigen Tagen Vertreter der in Berlin weilenden russischen gegenrevolutionären Generale in Wien eingetroffen, um mit dem Vertreter Sawintows, der sich gegenwärtig in Warschau aufhält, in Verbindung zu treten. Als Vertreter Sawintows ist Herichelmann, der frühere Staatsanwalt von Petersburg, der sich durch seine Prozesse gegen die polnischen Sozialisten bekannt gemacht hat, nach Wien gekommen. Als Vertreter des Generals Bistupski, der jetzt in Deutschland aus den Reihen der früheren Vermont-Armee eine Truppe von etwa 4000 Mann gesammelt und Herber auch nach Budapest geschickt hat, war der Rittmeister Herichelmann erschienen. Als Vertreter des Generals Arsenjew, der sich mit ungefähr 5000 Mann der früheren Armee Vermont der Offensiv gegen Sowjetrußland anschließen und zusammen mit dem Führer der Weißruten-Truppen in Galizien, Omsjanko Pawlowitsch gegen die Russen operieren will, war der russische Rittmeister Baron Rosenbergs nach Wien gekommen. Die Besprechungen Herichelmanns mit den Vertretern Arsenjews und Bistupskis betreffen auch eine gewisse internationale Bedeutung. Sawintow, der frühere Sozialrevolutionär, der bereits Kollaborat unvorwürflich hat und sich jetzt für Wrangel einsetzt, vertritt die französische Richtung in der russischen gegenrevolutionären Bewegung, die ihr Ziel im engsten Verein mit Frankreich „ohne Schädigung des Friedens von Versailles“ erreichen will. Bistupski und Arsenjew dagegen sind Anhänger der deutschen Richtung, die streng monarchistisch, alles von einem Bündnis mit der Reaktion in Deutschland erwartet und schon jetzt in enger Verbindung mit den Reaktionen in Deutschland steht. Nach Mitteilungen, die Baron Rosenbergs hier in Freundeskreisen gemacht hat, erhalten die russischen Gegenrevolutionäre in Berlin auch deutschen rechtsstehenden Kreisen reiche Unterstützungen, die jetzt einem zu diesem Zweck gebildeten mehrteiligen Komitee übergeben werden. Aus den Mitteilungen Rosenbergs geht ferner hervor, daß die russischen Gegenrevolutionäre in Berlin auch mit einem Umsturz in Deutschland rechnen und als das beste Mittel, der Reaktion in Deutschland zum Sieg verhelfen, die Erregung kommunistischer Unruhen betrachten. Die Besprechungen zwischen den Vertretern Sawintows und der Generale Arsenjew und Bistupski haben hier unter der vermittelnden Tätigkeit eines Herrn v. Dittmar stattgefunden. Dittmar ist ein Mitglied der Familie der „russischen Erben“, die im Donetschden reiche Kohlengruben besitzen. Seine Aufgabe ist es, in Wien eine militärische Kontrollstelle einzurichten und die Herausgabe einer deutsch-russischen Zeitschrift vorzubereiten. Die Besprechungen der Vertreter Arsenjews und Bistupskis mit dem Staatsprokurator Herichelmann haben bereits zu einer gewissen Annäherung geführt. Ohne die Verbindung mit der Reaktion in Deutschland fallen zu lassen, soll doch versucht werden, den Kampf zunächst in enger Verbindung mit Frankreich zu führen. Im Namen Arsenjews und Bistupskis haben Baron Rosenbergs und Rittmeister Herichelmann sich bereit erklärt, das Hauptgewicht auf die Unterstützung Wrangels zu legen, da er bereits die Anerkennung Frankreichs gesunden habe. Staatsprokurator Herichelmann hat sich von hier nach Belgrad begeben, um sich mit den dort bestehenden Organisationen der russischen Gegenrevolutionäre in Verbindung zu setzen, die gleichfalls für die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland arbeiten. Von Belgrad dürfte sich Herichelmann im Auftrag Sawintows voraussichtlich zu Wrangel begeben. Die Verbindungen zwischen Wien und Sawintow wird durch die Wiener politische Landschaft aufrechterhalten. Alles deutet darauf hin, daß sich die russischen Gegenrevolutionäre im Ausland bereits vorbereiten, das Erbe von der Moskauer Sowjetregierung anzutreten.

Reichsregierung und Arbeiterschaft

Die Verordnungen des Reichsverkehrsministers Gröner, durch welche die Waffenkontrolle der Arbeiterschaft beseitigt werden soll, rufen einen Sturm der von der Reichsregierung mit der Reichskommission der Arbeiterorganisationen getroffenen Vereinbarungen dar. Aus der Reichsfinanzler Fehrenbach hat gestern dem Genossen Dr. Rosenfeld gegenüber ausdrücklich erklärt, daß die Verordnungen Grönners mit den von der Regierung der Reichskommission gemachten Versprechungen unvereinbar sind.

Die Reichskommission verlangte am Mittwoch eine Verhandlung mit Gröner. Diese sollte Donnerstag stattfinden. Bis Donnerstag aber hatte Herr Gröner sich auf den Herrenhandpunkt besonnen. Er lehnte Donnerstag ab, die Reichskommission zu empfangen, er wollte nur mit den Vertretern der Gewerkschaften sprechen. Das lehnte natürlich die Reichskommission ab, die nicht dulden kann, daß die Regierung die Personen bestimmt, die als Vertreter der Arbeiterschaft auftreten. Diese Bestimmung liegt allein in den Händen der Arbeiterorganisationen, die sich in ihr Recht, selbst ihre Vertreter zu bestimmen, unter keinen Umständen beirren lassen können.

Sünderlich ließ Herr Gröner dem Genossen Dr. Rosenfeld sagen, daß er ihn allein empfangen wolle. Wahrheitsgemäß meinte der Koalitionler Gröner seinen Freunden von der Rechten, die von einer Rebezugregierung der Arbeiter schreiben, dann sagen zu können, er habe in nur ein Mitglied des Reichstags empfangen. Selbstverständlich lehnte Genosse Dr. Rosenfeld ab, von dieser Gnade Gebrauch zu machen; er ließ Herrn Gröner sagen, daß er nicht den geringsten Wert darauf lege, allein empfangen zu werden.

Heute nachmittag traten die Spitzenorganisationen der Parteien und Gewerkschaften zusammen, um zu der durch den Unfall der Regierung geschaffenen neuen Situation Stellung zu nehmen. Wie erwartet, daß die Vertreter der Arbeiterschaft sich geschloßen hinter die Reichskommission und hinter die von Herrn Gröner hinausgeworfenen Reichsverbände stellen. Die Neutralität Deutschlands und Krieg gewahrt, die Waffen- und Munitionstransporte müssen sorgfältig geprüft und alle zweifelhaften Transporte müssen auch weiterhin angehalten werden.

Die Lage in Oberschlesien

Reutheben, D.-Schl., 2. September.

W.B. meldet: Die Bildung von Bürgerwehren auf paritätischer Grundlage schreibt unter großen Schwierigkeiten langsam fort, einmal, weil Meldungen zu den Bürgerwehren paritätisch einlaufen, hauptsächlich aber, weil die polnischen Ortswehren, die sich die Polizeigewalt anmaßen, besonders in den östlichen Auflandsgebieten, die Bildung von Bürgerwehren überhaupt verhindern können. In Reutheben dürfte die Bildung der Wehr deshalb unterbleiben, weil die Entente-Kommission abgemittelt ist, die Kosten auf den allgemeinen Landesetat zu übernehmen.

Kattowitz, 2. September.

W.B. meldet: Die Entwaffnungssaktion schreibt ungleichmäßig fort. Die Polen haben den größten Teil der Waffen aber die Grenze in Sicherheit gebracht. In den östlichen Kreisen des Auflandsgebietes ist die Herabsetzung der militärischen Empfindlichkeit gescheitert. Die Tätigkeit der Gerichte, des Zoll- und Postamtes ist in den Grenzbezirken fast vollkommen lahmgelegt. Die allgemeine Unruhe ist seit dem 1. Tag in Tag wachsenden über schwere Verhandlungen, die in Reutheben, Heberfeld und Kattowitz lauten täglich ein. In Biala, an der Grenze, wurden jetzt die Leichen von acht

Personen ausgegraben, die am 20. August erschossen, in die Brunn gemorfen und dann auf dem Cholerafriedhof in Biala beigesetzt worden waren. In Katowice ist jetzt ein Grab mit sechs Leichen festgesetzt worden, die aneinander wie die Opfer von Josephstal, ermordet worden sind. Unter den Opfern von Josephstal befindet sich ein Elässer und vier Tschechoslowaken.

Die Ursachen der Vorgänge in Schlesien

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen:

„Der auswärtige Ausschuss erachtet die Reichsregierung, angefaßt der Vorgänge in Schlesien um Mitteilung einer Zusammenfassung der in betref der polnischen Uebergriffe und deren Duldung durch die französischen Stellen authentisch feststellbaren Tatsachen, durch welche eine begriffliche Erregung der deutschen Bevölkerung in Schlesien hervorgerufen worden ist.“

Der Antrag war gestellt von den Abgg. Hausmann, Herschel, Kaller-Franken, Scheibemann, Schiffer, Schulz-Bromberg und Stresmann.

Der Arbeitermord in Frankfurt a. M.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Frankfurt a. M., 2. September.

Der Generalstreik ist heute nachmittag in der Vertrauensmännerversammlung noch nicht beschlossen worden, dagegen wird heute abend eine Sitzung des Gewerkschafts-funktionärs stattfinden, und dort sollen die Vertrauensleute jener Partei und die Gewerkschaftsdelegierten dahin wirken, daß ein solcher Generalstreikbescheid auf 24 Stunden gefast wird. Aber höchstwahrscheinlich kommt es nicht zum Generalstreik, da die Rechtssozialisten sich ablehnend verhalten.

Bei den Verhandlungen heute nachmittag mit dem Bürgermeister und dem Magistrat konnte irgendwelches Entgegenkommen an die Arbeitlosen nicht erzielt werden. Die Rechtssozialisten fordern ihre Vertrauensleute auf, sich nicht am Streik zu beteiligen. Heute morgen ruhte in den größten Betrieben die Arbeit, die Arbeiter waren aber in den Straßen.

Frankfurt a. M., 2. September. (W. I. B.)

Von den bei den gestrigen Kundgebungen der Arbeitslosen Schmerzlichsten sind inzwischen 5, darunter eine Frau, im Krankenhaus gestorben. Gestern abend ist ein weiterer Massenmord in der Hauptgasse ausgeplündert worden. Mehrere Kradfahrer sind verhaftet worden.

Nach Mitteilung der städtischen Nachrichtenstelle sind noch 4 Schwere- und 8 Leichtverletzte eingeliefert worden.

Litauen und das Memelland

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Kowno, 1. September 1920.

Die Verhandlungen, die Litauen bisher über das Memelland mit der Entente geführt hat, haben wenig Beachtung gefunden, obwohl sie für Deutschland nicht ohne Bedeutung sind. Die litauische Regierung hat der Entente gegenüber immer betont, daß sie vorkriegsmäßig auf die Memellandung und die Stadt Memel als Provinz angewiesen sei. Bisher haben die Litauer aber offenbar wenig Gegenliebe bei den das Gebiet verwaltenden Franzosen gefunden, dagegen hoffen sie mit der Unterstützung der Engländer einiges zu erreichen. Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß das Memelland vorkriegsmäßig katholischer als Litauen und daß die dortige Bevölkerung protestantisch ist im Gegensatz zu den sonst katholischen Litauern. Dieser Tatsache haben die Ententevertreter sich nicht verschließen können und sie scheinen deshalb nicht gewillt zu sein, die litauischen Wünsche zu erfüllen. Die Dinge werden sich wahrscheinlich so entwickeln, daß das Memelland selbständig wird und nur gewisse Verwaltungszweige mit Litauen vereinigt werden.

Die Litauer haben auch diesen Weg schon praktisch zu beschreiten versucht, indem sie zunächst eine Föderation mit dem Memelland anstrebten. Aber auch diese Versuche sind bisher gescheitert. In der ehemals deutschen Grenze wollten die Litauer durch ihre eigenen Beamten eine Föderation errichten, die auf Grund der durch die litauische Regierung festgelegten Bestimmungen zu verwalten sei. Das Memelland sollte nur einen Teil der Zoll-einnahmen erhalten. Demgegenüber sollten die Vertreter des Memellandes nur, daß Litauen nur eine Kontrolle ausüben sollte, während die Zollhebung und Bekleidung des Zolls die Sache des Memellandes bleiben sollte. Die Verhandlungen wurden schließlich abgebrochen. Da man in Litauen vermutet, daß der Widerstand des Memellandes auf französischer Seite zurückzuführen ist, so ist hier die Stimmung gegen die Franzosen ziemlich gereizt. Dies ist wohl auch daraus zurückzuführen, daß die Franzosen als die Schutzpatrone Polens angesehen werden und daß der litauisch-polnische Gegensatz sehr groß und lebendig im Volke ist.

Der polnisch-litauische Konflikt

Kowno, 1. September.

Eine Note des Ministers des Auswärtigen besagt: Als die Polen während ihrer Gegenoffensive nachrückend vorrückten, hat die litauische Regierung am 27. 8. eine Note nach Warschau geschickt, worin sie vorschlug, um jeden Konflikt zwischen den polnischen und litauischen Truppen zu vermeiden, eine provisorische Demarkationslinie festzulegen. Doch zur selben Zeit kam eine militärische Delegation aus Warschau nach Kowno mit dem Vorschlag, über militärische Fragen zu verhandeln und an erster Stelle eine Demarkationslinie zu ziehen. Die litauische Regierung war von der Auffassung der polnischen Regierung um so mehr überzeugt, als die Polen wiederholt und erst kürzlich auf der Konferenz von Riga, am 23. 8., erklärt hatten, daß Polen darauf besteht, den Wunsch dieser sei, eine freundschaftliche Lösung der strittigen Fragen zwischen Polen und Litauen zu finden, selbst dann, wenn die direkten Verhandlungen zu keinem endgültigen Resultat führen sollten: Polen wäre geneigt, die zwischen ihm und Litauen bestehenden Streitigkeiten durch andere friedliche Mittel zu regeln, die bei uninteressierten Nationen abgemittelt sind, ohne zu den Waffen zu greifen.

Ohne auf die Note vom 27. 8. geantwortet zu haben, und ohne die angelegenen Verhandlungen zu Ende zu führen, haben die Polen indes heimlich Truppen in der Gegend von Augustowo konzentriert und am 20. August plötzlich mit erheblichen Streitkräften Schwache litauische Abteilungen angegriffen, die den Kanal von Augustowo bewachten. Die Litauer haben sich überfallen durch die überlegenen polnischen Streitkräfte, in der Richtung von Kalmarja zurückgezogen, nachdem sie Tote und Verwundete eingeschickt hatten.

Die oben erwähnten Tatsachen beweisen klar genug, daß die polnische Regierung litauisches Gebiet mit militärischer Macht befehligt hat, nachdem sie eine freundliche und friedliche Lösung vorgeschlagen hatte. Angefaßt dieser Tatsachen, die Litauen nur übrig, daß mit allen möglichen Mitteln zu verteidigen und einen neuen polnischen Einfall zu verhindern. Ein Blutvergießen kann nur in dem Fall verhindert werden, wenn die Polen sich zurückziehen und die Forderung einer provisorischen Demarkationslinie abwarten, die im Einvernehmen mit der litauischen Regierung bestimmt wird.

Beobachtungen der Anwaltschaft der Einzelstaaten finden in Warschau statt, an denen auch der Reichsminister direkt teilnimmt. Beobachtungen der Vereinten sind vor allem die Belagerungszustände.

Wrangels Eigenmeldungen

M. Moskau, 2. September.

Die Sowjettruppen haben in Kuban starke Stellen besetzt. Die Landungstruppen Wrangels sind vollständig vernichtet. Die Berichte von Wrangels Vormarsch auf Erberung von verschiedenen Orten sind vollständig unwahr. In der Umgebung von Odessa, Messtaria und Napsi Kojak haben sich die Truppen von Wrangel nicht einmal gezeigt. Die Nachschickung der Sowjettruppen ist auch in Bezug vollständig besetzt und nicht im geringsten in Gefahr. Die Sowjets in Werbeidschan verfügen über starke zuverlässige Truppen.

Die Ententeflotte vor Danzig

Danzig, 2. September.

Nachdem vorgestern der amerikanische Panzerkreuzer „Pittsburg“ hier eingetroffen war, liefen heute ein amerikanischer Zerstörer und der amerikanische Hilfskreuzer „Hors“ in den hiesigen Hafen ein.

Das belgisch-französische Abkommen

Belgien sucht Schutz gegen neue Ueberfälle

Brüssel, 2. September.

„Nation Belge“ berichtet folgende Einzelheiten aus dem belgisch-französischen Abkommen: An erster Stelle ist die Aufstellung des belgischen Heeres geändert. Das Heer wird nicht mehr in dem Bezirk Löwen-Mecheln-Brüssel konzentriert, sondern die Front wird künftig gegen Osten gerichtet werden müssen. Die Rolle Antwerpens ist ausgeglichen. Während es früher die letzte Verteidigungslinie Belgiens war, hat es diese Bedeutung jetzt verloren. In dem neuen Abkommen werden gleichfalls Vorbereitungen für die Richtung des Rückzugs getroffen, falls ein Einfall des feindlichen Heeres nicht abgewiesen werden kann. Dieser Rückzug wird dann nicht nach Brüssel oder Antwerpen, sondern in der Richtung der französischen Hauptstadt Paris bewegen. Das Abkommen enthält das Recht der Belagerrückzug des belgischen Parlaments durch dieses Abkommen nicht beeinträchtigt sei, da das Parlament in jedem Jahr seinen Kriegsetat selbständig feststellen könne. Die Bedingungen bezüglich des Umfangs der Streiträfte und des Materials sind in dem Abkommen nicht enthalten. Es beabsichtigt lediglich ein Zusammenwirken und die Truppenkonzentration auf gemeinsamer Linie.

Die Streikerklärung der englischen Bergarbeiter

London, 2. September. (Router.)

Auf der Konferenz der Delegierten der Bergleute wurde heute vermittelt auf Antrag des Vorkommens Ausschusses beschlossen, die Streikerklärung in allen Distrikten in der Weise abzugeben, daß die Arbeitseinstellung bis 26. September der allgemein durchgeführt ist.

Ein Ausschlußantrag gegen Moske

Wolff Berou berichtet:

Die Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins Groß Kiel hat beschlossen, auf dem kommenden sozialdemokratischen Parteitag in Kassel die Ausschließung Moskes aus der Partei zu beantragen, und zwar wegen des von ihm verfaßten Buches „Von Kiel bis Kapp“, das schwere Beschuldigungen gegen Genossen enthält.

Schon früher ist von einzelnen Unzufriedenen der Ausschluß Moskes aus der rechtssozialistischen Partei beantragt worden. Die Gesamtpartei hat dem aber nicht stattgegeben, sie fühlte sich so sehr als Kassepartei, daß sie den Träger dieses Namens aus ihren Reihen nicht ausschließen wollte. Und es ist kennzeichnend für das Wesen der rechtssozialistischen Partei, daß dieser neue Antrag nicht etwa wegen seiner, die Arbeiterklasse so sehr schädigenden Folgen erfolgen soll, sondern lediglich deshalb, weil sich „viele Genossen“ durch sein Buch von ihm persönlich beleidigt fühlen. Wir hegen keinen Zweifel darüber, daß auf dieser Antrag keine Zustimmung finden wird. Denn Moske, trotz allem, was vorhergegangen war, von seinen Parteifreunden noch das Amt eines Oberpräsidenten von Hannover übertragen wurde, ist noch eine zu wertvolle Stütze der rechtssozialistischen Partei, als daß sie sich seiner entledigen könnte.

Die Konferenz der Ernährungsminister

Am Mittwoch fand im Reichsernährungsministerium die Konferenz der Ernährungsminister der Länder mit dem Reichsernährungsminister Hermes statt. In der Sitzung, die sich bis in den letzten Nachmittag hinzieht, gab der Minister Herrmes nach einem Ueberblick über die Gesamtlage, bei der dann folgender sehr eingehender Aussprache wurden vielseitige Vorschläge gegeben. Die Minister stimmten den Forderungen, die das Reichsernährungsministerium für die Sicherung der Ernährung, insbesondere für die Sicherung eines Fleisch- und Brotangebots gestellt hatte, zu. In besonderen Wünschen wurde eine geringere Ausnutzung des Getreides gefordert. Eine neue Berechnung der Ernährungsminister im ganzen Reich ist für die nächsten Wochen in Aussicht genommen.

Luther verzichtet

Ellen, 2. September. (W.B.)

Zur Frage der Nominierung des Offener Oberbürgermeisters Dr. Luther zum Oberbürgermeister von Berlin durch sämtliche bürgerlichen Parteien erfahren wir, daß irgend eine vorherige Fällungsabnahme mit Oberbürgermeister Dr. Luther nicht erfolgt ist. Dr. Luther hat unter dem Ausdruck aufrichtigen Dankes mitgeteilt, daß er eine etwaige Wahl nicht annehmen würde.

Zur Steinerung der Arbeitslosigkeit

10 Millionen vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung bewilligt. Die Abteilung der Arbeitsbeschaffung des Landes-Arbeitsamtes Groß-Berlin hat in der Erwägung, daß man durch Beseitigung der wichtigsten Reparaturen an Häusern und in Wohnungen sehr viel Arbeitslose unterbringen könnte, einen Antrag an die Gewerkschaften gestellt und an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gerichtet, ihr einen Fonds von 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Sie hofft, mit diesem Betrage könnte 2000 Arbeitslose in Arbeit bringen zu können. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat diesem Antrag seine Zustimmung erteilt und die erforderlichen Mittel in der angegebenen Höhe bewilligt.

Nach den Bestimmungen der produktiven Erwerbslosenversicherung wird für jeden der zu dieser Beschäftigung herangezogenen Arbeitslosen ein Zuschuß von 20 Pf. pro Arbeitswerttag gewährt, der Arbeitslos auf acht Stunden gerechnet. Die Abteilung der Arbeitsbeschaffung wird sich nunmehr an die Hauswirte und Mieter mit dem Erlauchen wenden, die günstige Gelegenheit zu benutzen und notwendigen Reparaturarbeiten in und an den Häusern mit diesen Zuschüssen ausführen zu lassen. Anträge sind zu richten an die Abteilung für Arbeitsbeschaffung des Landes-Arbeitsamtes Groß-Berlin, September 14.

Betriebsorganisation und freie Gewerkschaften

Funktionärversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission

Die emsige Tätigkeit der Propagandisten für die Betriebsorganisationen, die auf eine verhängnisvolle weitere Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hinausläuft, läßt es angebracht erscheinen, daß sich die Arbeiterklasse mehr als bisher mit der Frage beschäftigt, wie dieser Gefahr begegnet werden kann. Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte zu diesem Zweck eine Besprechung sämtlicher Funktionäre der freien Gewerkschaften einberufen, die am Mittwoch in der „Neuen Welt“ stattfand und einen guten Verlauf nahm. Als Referenten waren die Genossen Rich Schmidt und Zilla bestimmt; für den letzteren, der verhindert war, trat aber Genosse Richard Müller ein.

Wir wollen von vornherein bemerken, daß wir von dem Referat des Genossen Schmidt, der als erster Redner sprach, nicht recht beeindruckt waren. Seine Darstellung der Gewerkschaftsbewegung, deren Politik ein Hauptpropagandamittel für die Betriebsorganisationen ist, und der Hinweis darauf, daß die Klassenfrage verlagert haben als die Fächer, war unangebracht, denn ungeklärte Führer können sich nicht mit dem entscheidenden, was ungeklärte Klassen getan haben. Im übrigen sehen wir doch heute noch, daß sich einzelne Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln (vielleicht sogar recht schlichten) gegen den Willen der vorwärtsdrängenden Massen wenden und sich dabei auf die rückwärtlichen Elemente, die ihnen eine Mehrheit bilden, stützen. Insofern können wir also Schmidts Ausführungen nicht unterstreichen.

Was er sonst ausführte, traf mehr den Kernpunkt der Sache. Er wies nach, daß die Behauptung der B.-D.-Leute falsch ist, daß in den freien Gewerkschaften der Beamtenapparat den Hauptteil der Mitgliederbeiträge aufweise. Das Schimpfen auf das „Konjunktum“ sei lächerlich, denn wenn die B.-D. erst einmal so stark sein würden wie die freien Gewerkschaften, dann würden sie auch „Bonzen“ bekommen, die nicht anders sind als die jetzigen. Mit Recht wies Schmidt darauf hin, daß die von den B.-D. propagierte Dezentralisation der Gewerkschaften jede Aktionsfähigkeit derselben lähmen würde. Bis jetzt hätte die B.-D. auch nur Erfolge erzielt in Betrieben, die von der Arbeiterklasse unterhalten werden oder in kommunalen Betrieben, nirgendwo aber in privatkapitalistischen Betrieben. Es sei ein Skandal, daß in der Berliner Koniumgenossenschaft, in der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse und beiden Groß-Berliner Magistraten die Arbeiter und Angestellten den Hauptstump der B.-D. bilden. Diese Leute fühlen sich in ihrer Stellung sicher und drücken sich vor den höheren Mitgliederbeiträgen in der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse und beiden Groß-Berliner Magistraten die Arbeiter und Angestellten den Hauptstump der B.-D. bilden.

Schmidt kam zu der Schlussfolgerung, daß die Bewegung der B.-D. durchaus ernst zu nehmen sei, denn sie bedeute eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung. Diese habe aber keine Bedeutung, in der gegenwärtigen Zeit etwas zuzulassen, was die Kräfte des Proletariats zu vermindern imstande sei. Die Gewerkschaftsfunktionäre müßten daher ihr Teil dazu beitragen, daß die B.-D. überall auf das Schärfste bekämpft werden. Genosse Richard Müller, der das zweite Referat hielt, machte sich angeregt durch einen Vorwurfsantrag aus der Versammlung, gegen den im „Borwart“ erschienenen Vorwurf, Müller habe während seiner Tätigkeit als Redakteur an der „Metallarbeiterzeitung“ Doppeltgehalt bezogen, nämlich als Redakteur und Mitglied der Betriebskommission. Der Artikel im „Borwart“ sei von Anfang bis zu Ende erfolgt.

Zur Sache führte der Redner dann folgendes aus: Es könne sich weniger darum handeln, die Betriebsräte-Organisationen in Grund und Boden zu zerschlagen, sondern es müßte untersucht werden, aus welchen Ursachen sie entstanden sind, warum sie gewisse sozialistische Erfolge erzielen und wie sie zu bekämpfen sind. Die B.-D. sind nur ein Teil der vielen Abspaltungen von den freien Gewerkschaften.

Müller ging nun in knappen Umrissen auf die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ein und erwähnte dabei die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen, die vor dem Kriege entstanden. Während des Krieges und später habe eine gewisse Annäherung zwischen einzelnen dieser Richtungen stattgefunden, die in den Arbeitsgemeinschaften zusammenkamen. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften wuchs nach der Revolution gewaltig, aber auch die früheren sozialistischen Verbände wurden härter. Die Revolution brachte uns neue Methoden des Klassenkampfes und zeigte uns, daß mit den früheren Methoden der freien Gewerkschaften nicht mehr auszukommen ist. Neben der rein sozialistischen Bewegung hat sich nun eine für Deutschland neue Bewegung gebildet, die Arbeiterunion, die weder sozialistisch noch sozialistisch ist, sondern aus beiden Richtungen das herausnimmt, was sie zur Propagierung ihrer Ideen gebraucht. In dieser Bewegung gehören die Betriebsorganisationen, der Betriebsrat, der freie Gewerkschaften und der freie Gewerkschaften. Müller's Auffassung nicht in dieser Richtung, sondern diese Verbände hätten sich nur aus Unkenntnis von ihren Stammorganisationen abgespalten und könnten leicht wieder der freien Gewerkschaftsbewegung angefügt werden. Auch auf die Bergarbeiterbewegung wies er hin, die nur wegen der Gewalttätigkeit der Arbeitgeberverbände einen so großen Umfang angenommen habe.

Redner schildert dann den Verfall der B.-D. in Berlin. Ursprünglich sei sie von der R. F. D. als Grundlage für ihre Organisation benutzt worden. Auf dem Helldorfer Parteitag der R. F. D. wurde jedoch gegen die Stimmen der Berliner und Hamburger Delegierten gegen die B.-D. Stellung genommen, wodurch es zur Spaltung und zur Gründung der R. F. D. kam. Es sei wahr, daß sowohl in der R. F. D. wie in der B.-D. ein großes Spießbüchse herrsche und die Korruption ein sehr großes Element sei.

In dem Programm der B.-D. finde man eine unerhörte Verhöhnung des Kätogedankens, und leider fallen viele Arbeiter darauf herein. Auch Lenin habe sich in seinen Schriften sehr scharf gegen die B.-D. geäußert. Genosse Müller wies die Bekämpfung der B.-D. beifällig an, Genosse Müller der Meinung, daß in dieser Beziehung viel veräußert worden ist, indem nicht genügend für Aufklärung gesorgt wurde. Eine Gesundheitspolitik lehnt Redner aber ab, sondern es müßte versucht werden, die Mitglieder der B.-D. durch Aufklärung wieder zu den freien Gewerkschaften herüberzuführen. Vor allen Dingen müßte in den freien Gewerkschaften alles beibehalten werden, was den B.-D. als Propagandamittel dienen könne; dazu gehört auch, daß mit Regiern und Konjunkturalen ausgeräumt werde. Wenn in den freien Gewerkschaften weiter der Gedanke vorherrschend bleibe, daß man mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften dem Kapitalismus wieder auf die Beine helfen müsse, um dann in den Sozialismus hindüberzugehen, dann könne man von dieser Seite keine revolutionären Kampfmethoden erwarten und höhere damit den Anhängern der B.-D. Methoden aufzuzählen. Deshalb müßte auch die Frage: „Moskau oder London?“ entschieden werden, und zwar nicht von den Intelligenzen, sondern von den Arbeitern. (Lebhafter Beifall.) In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Haase, A. Seitz, Brandel und Satz beteiligten, wurden von den Referenten bei Rednern im allgemeinen Müllers Ansichten geteilt, während der letzte Redner sich mehr zu Schmidts Darstellung beugte.

In kurzen Schlussworten bekräftigten die beiden Referenten nochmals ihre Ausführungen und dann gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 1. September 1920 in der „Neuen Welt“ verammelten Funktionäre aller freien Gewerkschaften beurteilen auf das Schärfste die Gründung und Propaganda der Betriebsorganisationen. Sie erblicken darin eine gegen das Klasseninteresse aller Arbeitnehmer gerichtete Handlung, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen.“

Die auf den Boden der freien Gewerkschaften liegenden Arbeitnehmer müssen die Betriebsorganisationen ablehnen, weil sie in ihrer Wirkung reaktionär sind, indem sie von der Führung des Klassenkampfes gegen das Gesamt-Unternehmertum ablenken. Die Anhänger der B.-D. betreiben dadurch bewußt oder unbewußt die Zerschlagung der Unternehmern.

Die Funktionäre der freien Gewerkschaften betonen aufs Neue, daß sie an der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht rütteln lassen und daß sie jede Zersplitterung und Ausgliederung mit den schärfsten Mitteln bekämpfen werden. Wer sich für die Betriebsorganisation interessiert, stellt sich damit außerhalb der freien Gewerkschaften.“

Der Vorsitzende, Genosse Sabath, wies dann nochmals auf die vom Genossen Schmidt in seinem Referat erwähnte Tatsache hin, daß in der Koniumgenossenschaft und in der Ortskrankenkasse der Stadt Berlin die B.-D. herrsche. Die freien Gewerkschaften, die diese Institutionen mit geschlossen haben, werden es sich überlegen müssen, ob sie sich diesen Zustand noch lange gefallen lassen wollen.

Der Württembergische Generalfreik

Uns wird geschrieben: Die „Rote Fahne“ vom 1. September bezeichnet die Meldung der „Freiheit“ vom 31. August über den Generalfreik in Württemberg als „tendenziös und lächerlich“ und fährt dann fort: „Die „Rote Fahne“ hat die offenkundige Fälschung gemacht, daß das Vorgehen der württembergischen Regierung, die Aussetzung der Stuttgarter Metallarbeiter, ein Schlag gegen die in deren Betrieben vorgekommene Wahl von Arbeiterräten, und der Kampf um den schon monatelang verweigerten Steuerabzug nur ein Vorwand war.“ Hierzu muß festgestellt werden: Bei der Firma Daimler & Co. stand schon seit Wochen die Wahl, die 2000 Arbeiter zu entsenden. Der Kampf um den verweigerten Steuerabzug war lediglich der Vorwand für die Entlassung revolutionärer Arbeiter aus dem Betriebe. Der Generalfreik ist also im besten Sinne ein Solidaritätsstreik der württembergischen Arbeiter. Deshalb konzentrierte sich von vornherein der Kampf auf die Wiedereinstellung der ausgesperrten Arbeiter. Die Stuttgarter Arbeiterkraft war sich von Anfang an bewußt, daß der Kampf um den Steuerabzug nicht eine schwächliche Landesangelegenheit ist. Sie war sich darüber klar, daß der Kampf gegen den Steuerabzug nur geführt werden kann auf der ganzen Linie. Wie einseitig die Regierung ihre Steuerexekutive als Kamail der bestehenden Klasse ansetzt, geht daraus hervor, daß die Firma Daimler & Co. der Stadt Stuttgart seit 4 Jahren 1 1/2 Millionen Gemeindesteuer schuldet. Die Firma erklärt, kein Geld zu haben. Der Proletariat jedoch soll das Geld aufbringen. Trotz der teuren Lebenshaltung, trotz der nicht ausreichenden Löhne. Wenn die Arbeiter nicht zahlen können, dann werden sie auf die Straße geworfen.

Der Generalfreik hat das gesamte Bürgertum mobilisiert. Regierung und Unternehmer gehen Arm in Arm. Da die bürgerliche Tagespresse nicht erscheinen kann, hat die Regierung die Druckerei der Württembergischen Zeitung beschlagnahmt und läßt ein „Einheitsblatt“ herstellen zur Bekämpfung des Generalfreiks. Die Haltung der industriellen Arbeiterschaft ist ohne Zweifel. Hinter dem Streik stehen alle politischen Parteien und Gewerkschaftsfunktionäre für Württemberg und Hohenzollern.

Mißgünstige Aktion gegen die Arbeiterschaft

Im November 1919 verbreitete sich in Elna (Hannover) die Nachricht, daß in dem benachbarten Rotenburg ein Schloß in Waffenlager sei, das die Reaktionäre angelegt hätten. Wenige Tage vorher hatten die Arbeiter dort bereits eine bewaffnete Organisation der Frontkämpfer („Stahlhelm“) entworfen. Die Arbeiter glaubten auch jetzt wieder, ein Waffenlager der Reaktion beschlagnahmen zu können, sie bewaffneten sich mit den Gewehren des Stahlhelms, zogen zum Rotenburger Schloß und durchsuchten es, fanden allerdings nichts. Jetzt, nach 1/2 Jahr, wollte man den beteiligten Arbeitern an den Kragen gehen. Gegen acht Mitglieder der R. F. D. und gegen fünf Mitglieder der S. P. D. wurde Anklage erhoben wegen Landfriedensbruch, Bildung bewaffneter Häuser, Annäherung eines öffentlichen Amtes. Sie standen Dienstag vor der Strafkammer Göttingen, und alles war zur Beurteilung der Arbeiter bereit. Da erhob sich der Verteidiger, Genosse Rosenfeld-Berlin, und beantragte zur allgemeinen Verwunderung der Richter die Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie. Nach längerer Ausführungen des Verteidigers und länger Beratung des Gerichts beschloß das Gericht, das Verfahren einzustellen. Nunmehr beantragte Genosse Rosenfeld, auch noch die Kosten der Verteidigung und die den Angeklagten entstandenen Verläumdungskosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Der Verteidiger hob hervor, daß das Gericht die Amnestie hätte kennen und Wissen von letzter das Verfahren auf Grund der Amnestie hätte einstellen müssen; dann wäre der Termin hinfällig geworden. Das Gericht beschloß die Übernahme der erwähnten Kosten auf die Staatskasse, lehnte allerdings eine Schuld für das Einstellen des Termins ab und wählte sie auf die Staatsanwaltschaft.

Dieser Bericht zeigt, wie wenig die Behörden geneigt sind, von selbst ohne geistigen zu werden, die Amnestie anzuwenden. Es wäre Sache des Justizministers, für eine strikte Durchführung der Amnestiegesetze Sorge zu tragen.

Die Klassenjustiz in Halle

Neben dem Kallan-Prozess hat seinerzeit der Prozess gegen den Vorsitzenden des revolutionären Soldatenrates in Halle, den Leutnant Ferschland, viel Aufsehen erregt. Ferschland, der unserer Partei angehört und schon vor der Gründung der R. F. D. in den Reihen der Sozialisten durch einen heimtücklichen Liebesfall verhaftet und durch die Schuldigen der Garde, Kappleris, Schützen, Division mit Striden gefesselt nach Berlin verschleppt wurde, erstruete sich des besondern Haffes der Räteregierung. Sein Prozess war das würdige Gegenstück zum Kallan-Prozess. Er erhielt 5 Jahre Gefängnis wegen aller möglichen und unmöglichen Taten, die ihn von der Klassenjustiz zur Last gelegt wurden. Der Kallan-Prozess hatte die Schikale von 15 Jahren beantragt, Genosse Ferschland hatte Verurteilung eingeklagt. Jetzt ist aber das Verfahren eingestellt und Genosse Ferschland auf Grund der Amnestie aus der Haft entlassen worden, in der er 20 Monate geschmachtet hat.

Neue Verhaftungen

Die hallische Klassenjustiz ruht und rastet immer. So ist dieser Tage in Halle der gesamte Vorstand der R. F. D. verhaftet worden unter der Beschuldigung, er habe sich an Waffenschulungen beteiligt. Offenbar handelt es sich hier um Vorgänge, die mit dem Kallan-Prozess in Verbindung stehen. Da man bei der R. F. D. nicht weiß, wer von ihren Funktionären ein Doppelspiel spielt und wer nicht, so kann man auf den Prozess gegen die Vorstandsmitglieder der R. F. D. in Halle gespannt sein.

Der Kampf zwischen Friedrich und Horthy

U. Budapest, 2. September. Ministerpräsident Graf Teleki wird in den nächsten Tagen an seinen Posten zurückkehren, da sich sein Gesundheitszustand bedeutend gebessert hat. Hinter den Kulissen geht der Kampf zwischen Friedrich und seinen Anhängern einerseits und dem Reichsverweser Horthy andererseits weiter. Friedrichs Anhänger arbeiten mit allen Mitteln, um so dem Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten, wie auch dem Reichsverweser Horthy durch das Aufwerfen der Thronfrage zu schädigen. Die Anhänger Friedrichs glauben, die Thronfrage als Janfappel in die Nationalversammlung hineinzuziehen zu können. Indes kann man jetzt feststellen, daß es nicht gelungen ist, diese Frage zur Diskussion zu stellen. Bismarck ist die Thronfrage jetzt wieder in den Hintergrund gedrängt worden.

Die Wrangelvertretung in Berlin

Zu der Meldung, daß der Rebellenführer General Wrangel in Berlin eine Vertretung unterhält, wird uns von der Freien Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus geschrieben:

Wir sind in der Lage, zu dem das Verhältnis Deutschlands zu Russland schwer schädigenden Treiben der Wrangel-Agentur ergreifende Mitteilungen machen zu können. Die Wrangel-Agentur besteht seit Juni d. J. in Berlin, ohne daß die Behörden eingeschritten wären. Der Leiter der Agentur ist ein gewisser Eibenhors-Bawil, Rittmeister im Armeehauptquartier des Generals Wrangel. Er trat mit reichen Geldmitteln auf und betrieb eine intensive Agitation für Auswanderung von Deutschen nach der Krim, die auch heute noch fortgesetzt wird. Die Formen der Agitation kommen einer Anwerbung für die Wrangel-Armee gleich. Mit Vorliebe berufen sich die Beauftragten des Werbers auf die Anerkennung Wrangels durch die französische Regierung, die ein Freitrief auf die Truppenwerbung für Wrangel in Deutschland sein soll. Für die allgemeine Bewertung des Wrangel-Unternehmens ist interessant zu wissen, daß der erwähnte Eibenhors-Bawil deutsche Akademiker ludte, die auf Grund deutscher Arbeiten über die Wirtschaftsverhältnisse der Krim eine Studienreise ins Ausland anarbeiten sollten. Lassen, die sich im Bureau des Wrangel-Agenturs, Hedemannstraße 22, einfanden, wurde erklärt, daß man nur auf Männer rekrutiere, die zur „Beratung der unabhängigen Krim“ entschlossen seien. Auch Finanzkreise wurden für die Bekämpfung der Krim zu interessieren gesucht. Der in zwischen geführte Salon Holz-Klein soll 75 000 Desjatinen Land zur Verfügung gestellt haben. Im Hinblick auf reiche Hoffnungen wurde die Verlags- und Papierindustrie anwirbt.

Die Regierung scheint dieser Wrangel-Agentur gegenüber daselbe Spiel treiben zu wollen, das wir während des Baskin-Abenteuers erlebt haben. Sie muß schon längst Kenntnis von den Anwerbungen der russischen Reaktionäre für die Krim haben. Sie hat bisher nichts dagegen unternommen und auch jetzt noch sieht sie anscheinend stillschweigend zu, wie das Unwesen fortgesetzt wird. Wir verlangen, daß die Regierung dieses russische Verführerwerk in Berlin sofort aufhebt und dafür sorgt, daß die Anwerbungen für die gegenrevolutionäre Armee des Generals Wrangel unterbunden werden!

Der Auswanderungsschwindel

Von dem Herausgeber der „Kätezeitung“ Dr. Hans Goldschmidt erhalten wir folgende Zuschrift:

„Bevor eine Erklärung der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland zu dem Artikel Wilhelm Ditzmanns in Nr. 28 der „Freiheit“ vom 11. August erfolgt, erlaube ich mir als Herausgeber der „Kätezeitung“ nachfolgendes zu bemerken: Wie durch eine große Anzahl von Beispielen bestätigt werden kann, hat die Interessengemeinschaft immer wieder auf die in Sowjet-Rußland noch notenbedürftig herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen worden. Besonders auch in Artikeln von Samprich, dem Vorsitzenden des Kolonisationsrats der Interessengemeinschaft und mir, die nach unserer Ansicht aus Moskau veröffentlicht wurden („Kätezeitung“ Nr. 22 und 25). In diesen Artikeln hieß es unter anderem: „Sie kommen nicht in ein Land, in dem Mangel und Hunger herrschen. Sie kommen in ein Land der schweren Arbeit. Sie müssen sich Opferbereits machen und müssen manches hinnehmen, was vielleicht unangenehm ist als in Deutschland.“ Ferner: „Es kann nicht leicht genug betont werden, daß diejenigen, die nach Rußland auswandern wollen, sich ganz klar darüber sein müssen, daß sie gar keine besonderen Bergvergütungen zu erwarten haben; daß sie vielmehr in ein Land kommen, in dem stürzende, schwere und zielbewusste Arbeit herrscht. Es dürfte ferner nicht ganz leicht sein, sich den fremden Sitten und Gebräuchen anzupassen. Aus all dem geht hervor, daß die Auswandererorganisationen manche Entscheidungen auf sich nehmen müssen.“

Wenn der erste Transpott teilweise verlagert haben sollte, so liegt das meines Wissens an besonderen Umständen, über die wohl noch berichtet werden wird.

Unter Anzeikennung der ungeheuren und grandiosen organisatorischen Arbeit, die Sowjet-Rußland trotz der schwierigen Verhältnisse geleistet hat, hat doch auch die Interessengemeinschaft keineswegs veräußert, die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Sie ist keine Zentralstelle, sie hat nichts Agentenhaftes an sich, sie ist eine freie proletarische Organisation, die es sich zur Aufgabe macht, Sowjet-Rußland und damit auch dem deutschen Proletariat zu helfen.“

Zu den Meinungen Dr. Goldschmidts ist zu sagen, daß in den letzten Nummern der „Kätezeitung“ in einigen Artikeln allerdings eine größere Zurückhaltung gegenüber der Frage der Auswanderung nach Rußland geübt wird. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß die „Kätezeitung“, die sich als Organ der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjet-Rußland bezeichnet, seit Monaten eine systematische Propaganda für die Auswanderung nach Sowjet-Rußland betreibt und nichts unterläßt, um die russischen Verhältnisse in günstigstem Lichte darzustellen. Jede Kritik an der in breitestem Maßstab betriebenen Auswanderungspropaganda wurde gerade in der „Kätezeitung“ auf das Schärfste bekämpft und als Ausfluß von Opportunismus, Feilschen usw. bezeichnet. Als wir schon im vorigen Jahr gegen den Auswanderungsschwindel auftraten, zogen wir uns die beifällige Langade der „Kätezeitung“ zu, die in wäcker Weise über uns herfiel. Gegenüber unsern Warnungen erklärte die „Kätezeitung“ noch in Nr. 46 des vorigen Jahres an leitender Stelle, daß Arbeiter sämtlicher Berufs unter günstigen Bedingungen unterkunft und Verdienst in verschiedenen Gouvernements finden. Uns dagegen wurde vorgeworfen, daß wir aus egoistischen Partei-gründen die deutsche Arbeiterschaft hindern wollten. Nun jedoch, wo die Ergebnisse dieser leichtfertigen Propaganda klar zutage treten und, wo selbst Paul Lenz in der „Roten Fahne“ sich genötigt sieht, die Interessengemeinschaft deutscher Auswanderer als leichtfertigen Unfug zu bezeichnen und öffentlich vor ihr zu warnen, will Herr Dr. Goldschmidt glauben machen, daß die Interessengemeinschaft keineswegs veräußert habe. Die Dinge so darzustellen, wie sie sind.“ Diese Behauptung ist ein ebenso trauriger Schwindel, wie die ganze Propaganda, die die „Kätezeitung“ seit Monaten für die Auswanderung nach Rußland betreibt.

Die Unruhen in Island. In Kollanfabriken wurden fünf Tote, 60 Verwundete, 600 Gefangene, ein Schiff wurde zerstört, zwei andere verwundet. — Die in Linnäs befindlichen Stenfeiler, die die Nahrungsaufnahme verweigerten, wurden, als sie das Bewußtsein verloren, in Freiheit gelassen.

Die Debatten auf der Reichskonferenz

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Abend-Ausgabe.)

Dörsner-Halle bestreitet, daß die, die in Leipzig für die Resolution Stöckers gestimmt haben, nun durch die Moskauer Bedingungen luriert seien. Er meint, daß die Bedingungen bedeuten, die Partei müsse sich unter die kommunistische Partei Deutschlands beugen. Dörsner wendet sich gegen Dittmanns Ausführungen über Sowjetrußland. Er verweist auf die ganze Situation der Gegenwart und meint unter Hinweis auf die Kötthener Affäre, daß eine starke Zentralisation nötig sei. Der ganze Halle'sche Bezirk arbeite in dem Sinne, daß gemeinsam mit der Arbeiterchaft und den „Sonnen“ alles erledigt werde. Es dreht sich für uns nicht darum, Personen aus der Partei herauszuwerfen, sondern eine möglichst feste Zentralisation zu schaffen.

Dittmann: Die Partei steht vor ihrer Schicksalswende. Auch die dem Tode Geweihten haben das Recht, ein Wortchen mitzureden. Mit den Begriffen „Reformismus“ und „Revolution“ wird die ganze Sache gar nicht richtig bezeichnet. Die Moskauer wollen nicht die Zusammenfassung, sondern die Zerlegung des revolutionären Weltproletariats. Das ist das Schweregewicht ihrer Agitation. Dittmann verbreitet sich auch über die Stellung der Moskauer zu den Gewerkschaften, die als gegenrevolutionär bezeichnet werden. Er wendet sich entschieden gegen die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaftsinternationale“ und setzt auseinander, was man in Deutschland im allgemeinen unter „gelben“ Gewerkschaften versteht. Wer unsere internationale Solidarität bezweifelt, der soll sich einmal Klar werden über die Erfordernisse einer internationalen Solidarität. Dittmann schildert die Kopenhagener Metallarbeiterkongress, die die proletarische Solidarität praktisch in Angriff genommen hat, trotzdem aber ebenfalls als „gelbe“ bezeichnet wird. Die Arbeiter Englands, Frankreichs und Amerikas spielen eine entscheidende Rolle in den kommenden Kämpfen. Dittmann vertritt sich auf Grund seiner persönlichen Besprechungen mit Vertretern der anderen Länder über das Kräfteverhältnis des Proletariats in den Entente-Ländern und beweist, wieviel dort noch zur Bewärtigung des Proletariats zu tun ist. In Italien haben sich die Arbeiter zu Tode gestreift, so daß heute die Reaktion härter als je sei. Die englischen Arbeiter lehnen es entschieden ab, sich den Moskauer Kampfmethoden anzuschließen. Wir haben die Pflicht, die sozialrevolutionären Parteien aller Länder zusammenzuführen. Durch die Moskauer Bedingungen werde das völlig vereitelt. Wir lehnen diese Bedingungen ab, die kein Mensch akzeptiert, der noch auf Selbstachtung hält. Wir haben begründete Vermutungen, daß hinter diesen Bedingungen die deutschen Parteiführer stehen. Dittmann wendet sich zum Schluß nochmals eindringlich und lebhaft gegen den Anschlag. (Lebhafter Beifall.)

Reich-Hamburg bestreitet Dittmanns Behauptungen, daß deutsche Genossen hinter der Moskauer Bedingungen stehen. Da die lehle jeder Beweis. Er erklärt, daß es in Hamburg keine Meinungsverschiedenheiten über den Anschlag gäbe. (Es entspinnt sich eine heftige Diskussion zwischen Dittmann und dem Redner über dessen Beitritt zur Unabhängigen Partei.) Die neuen Verhältnisse zwingen dazu, sich auf einen neuen Boden zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Massen der Partei sich für Moskau entscheiden. Wenn unsere Partei in die dritte Internationale eintritt, werden wir dort die Übergeordnet haben und können das abändern, was uns nicht gefällt. (Zuruf: Da kennen Sie die Russen schlecht.) Wir sind bereit, den revolutionären Kampf trotz der Staatsanwälte aufzunehmen, um desto eher die soziale Revolution vorwärts zu treiben. Redner geht auch auf den Hamburger Parteikonflikt und die Person Wilhelm Herzogs ein. Es sei nichts bewiesen gegen Herzog, deshalb habe man bis jetzt keine Ursache gehabt, ihn zu entlassen.

Genossin Zieg: Ich bin verwundert, von den Befürwortern der Bedingungen zu hören, daß wir bei einem früheren Beschluß des bedingungslosen Anschlusses heute besser dagestanden hätten. Uns wäre es dann aber wohl so ergangen wie den Amerikanern und Bulgaren. Nur Elanbesessen können den Bedingungen zustimmen, denkende Menschen nicht. Man verliert, dies als Animosität oder Feindseligkeit gegen Rußland darzulegen. Das ist eine abscheuliche Verhöhnung der Tatsachen. Wenn wir würdevoll genug wären, uns den Moskauer Bedingungen zu unterwerfen, so müßten wir uns fürderhin alle Parolen fügen, welche uns aus

Moskau, wo jeder Einblick in die deutschen Verhältnisse fehlt, ausgegeben werden. Bei Anerkennung des Ausschlußverfahrens der 3. Internationale würde eine unerhörte Korruption der Partei eintreten. Ebenso würde die geistige Regsamkeit der Mitgliedschaft erschüttert werden. Einfach ist es wohl, der Moskauer Zentrale das Denken und die Verantwortung für den Kampf zu überlassen, aber das deutsche Proletariat wird diese Bevormundung nicht dulden und als unmöglich abweisen. Die Delegation hatte zu verhandeln auf Grundlage der Autonomie unserer Partei. Gilt das heute nicht mehr? Der Geist läßt sich nicht terrorisieren. Es ist nur eine Konsequenz, daß wir bei Annahme der Bedingungen auch den Namen aufgeben müßten, denn dann sind wir keine unabhängige Partei mehr. Der Name unserer Partei ist ein Programm.

Dahlem: Dittmann habe kein wahres Bild von Rußland entworfen. Die Aussagen, die Cohnin und Frossard in der „Humanität“ veröffentlicht haben, geben ein anderes Bild. Zwischen Sowjetrußland und dritter Internationale bestehe kein Unterschied. Weiter zitiert Dahlem Bruchstücke aus Aufzügen von Cohnin und Frossard in der „Humanität“, welche sich anerkennend über Rußland äußern. Die Zentrale habe die Leipziger Beschlüsse sabotiert.

Toni Sender: Die Partei stehe vor der schwersten Krise. Die Frage sei nicht: Für oder gegen Moskau, sondern es handele sich um die gestellten Bedingungen. Wir haben immer proletarische Solidarität ausgeübt. Wir müssen uns auf die Todesursache der zweiten Internationale besinnen. Sie ist zugrunde gegangen, weil die einzelnen Zweige verfaul sind. An bindenden Beschlüssen habe es nie gefehlt. Es ist notwendig, die uns vorgelegten Bedingungen ernsthaft zu prüfen. Es ist interessant, daß auch **Serrati** den Bedingungen seine Zustimmung verweigert habe. Wir müssen die russischen Verhältnisse untersuchen, um daraus zu lernen. Mit dem bloßen und blinden Bemühen sei nichts erreicht. Auf Grund der russischen Erfahrungen könne keine internationale Taktik abgeleitet werden. Schon die Tatsache, daß in Rußland nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung organisiert sei, weist auf eine völlige Verschiedenheit der Bedingungen hin. Wir brauchen in Deutschland eine Massenpartei. Unsere eigenen Erfahrungen sollen uns vor der Unterwerfung unter eine Zentrale warnen. Wir haben uns nie für den Verfall der Frieden eingelebt, aber wir können auch nicht mit einem Salomortale darüber hinwegspringen. Wie man in Moskau den Zentralismus aufweist, das beweise der Punkt 21, welcher von vornherein den Ausschluß derjenigen verlange, welche die Bedingungen nicht anerkennen.

Düwell bestreitet der Genossin Sender gegenüber, daß der Paragraph 21 der Bedingungen es ausspricht, daß alle Delegierten, die sich gegen den Anschlag wenden, ausgeschlossen werden sollen. Wir wissen genau so gut wie die Genossin Sender, daß wir in Deutschland ganz andere Verhältnisse haben als in Rußland. Im Organisationsstatut der dritten Internationale ist ausdrücklich vorgegeben, daß nicht alle tatsächlichen Fragen der einzelnen Länder vorgeschrieben werden. Redner verweist auf Crispian's Programmrede auf dem Leipziger Parteitag, zitiert Stellen daraus, die beweisen, daß Crispian damals ausgesprochen hat, was jetzt von Rußland gefordert wird. Düwell zitiert auch die „Rote Fahne“ vom Donnerstag, in der die Äußerungen Dittmanns und Crispian's über den Zentralismus, die sie in Moskau abgaben, weitestlich abweichend von dem, was sie hier sagen. Nach Einspruch Dittmanns muß Genosse Düwell den ganzen Passus verlesen. (Zwischen Dittmann und Düwell kommt es darüber zu hartnäckigen Auseinandersetzungen und heftiger Unruhe der Versammlung.) Zum Problem des Terrors sagt Düwell, daß doch auch bei uns schon manches geschehen sei, was dem Terror sehr nahe komme.

Eichhorn bemerkt zur Geschäftsordnung, daß die Freunde des Anschlusses beim Sprechen stetig vom Vorstandstisch mit Zwischenrufen unterbrochen werden. Genosse entgegnet Eichhorn, daß man sich nur der Angriffe erwehren habe.

Koß Hoffmann unterstützt Eichhorn in seiner Kritik der Diskussion und bringt weitere Beweise für unparlamentarische Ausdrücke, mit denen Redner belegt worden sind.

Genossin Zieg verteidigt diesen Angriffen gegenüber die Geschäftsführung. Genosse-Bremen weist Düwell gegenüber darauf hin, daß der § 21 der Bedingungen ganz eindeutig sei. Es handelt sich hier um die Frage, sollen wir uns einer Internationale anschließen.

deren Bedingungen von einer Partei, die die Staatsgewalt ausübt, die alle Mittel des Staates zur Anwendung bringt, stipuliert sind. So lautet die Frage, und nicht anders. Es wird doch selbst indirekt zugegeben, daß eine ganze Reihe von Parteien in die dritte Internationale auch bereits aufgenommen sind, die sehr stark mit reformistischen Elementen durchsetzt sind. Lautstark zitiert ja in seiner Broschüre Auslassungen der führenden Russen aus dem Jahre 1917, die völlig dem widersprechen, was die Russen als bindende Verpflichtungen verlangen. Wenn sie selbst solchen entscheidenden Wendungen unterliegen, was gibt ihnen das Recht, mit diktatorischer Bestimmtheit die Unterordnung unter ihre Thesen zu fordern? Die kommunistische Partei will uns zwingen, auf ihren Boden zu treten. Wer will mir das Gegenteil beweisen? Wo ist Platz für die Tätigkeit andersdenkender Genossen über einzelne Fragen der Gewerkschaften und dergleichen? Dümmig, Stöcker, Meyer und andere sind bis jetzt in unserer Partei als verkappte Kommunisten tätig gewesen. Sie haben längst zur kommunistischen Partei gehört und deshalb haben sie auch hinter dem Rücken der Partei gegen die Partei gearbeitet. Roosen meint, in der Praxis kommt es ganz anders. Aber was haben wir in der Praxis erlebt? Die Genossen Roosen und andere sind die ganze Zeit im Lande herumgereist und haben auf jeden Buchstaben des Leipziger Programms gepöchtelt. Es würde eine Selbstentwürdigung sein, wenn wir uns diesen Bedingungen fügen würden. Alles, was in der Arbeiterchaft zusammengehört, muß zusammengeführt werden. Das ist der Fortschritt der Arbeiterbewegung, auch für die Weltrevolution. Wer alles ignoriert, was sich außer Rußland vollzieht, der leistet der Weltrevolution einen schlechten Dienst. Wir müssen die Bedingungen ablehnen, so erweisen wir der Weltrevolution den besten Dienst. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung

Genossin Zieg eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung. Der Vorstand schlägt vor, den Nachmittag noch mit der Diskussion auszufüllen und Freitag vormittag die Schlussreferate entgegenzunehmen.

Böttcher (Stuttgart): Die Frage der Internationale ist die Frage der Revolution. Deutschland brauche eine feste revolutionäre Führung. Der internationale Kapitalismus ist durch die Zerrüttung des Krieges zum Weltkapitalismus umgeändert worden. Die Bedingungen der Weltrevolution gleichen sich an den Zentren immer mehr aus. Die heute noch verschiedenen Voraussetzungen werden von der dritten Internationale nicht vorangetrieben. Da man sich mit den Grundfragen der dritten Internationale einverstanden erklärt habe, so könne man doch unmöglich glauben, daß die Führer dieser Internationale gegen die Tatsachen blind sind. Man hat durch Herausgreifen der Agrarfrage den Russen Opportunismus vorgeworfen, aber es sei ein Unterschied zwischen Opportunismus vor und nach der Revolution. Der Kampf gegen die dritte Internationale werde geführt von der „Leipziger Volkszeitung“, die sofort nach Erscheinen der Bedingungen den Ruf nach einer vierten Internationale erhoben habe. Wer jetzt der weißen Garde Material gegen Sowjetrußland liefert, begehe Hochverrat. Die russischen Volksgenossen hätten selbst immer mit Offenheit über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen. Wir werden immer den Nachschaffen für eine vierte Internationale entgegenzutreten, wo auch immer von ihr gesprochen wird.

Hilferding: Bei der Beantwortung der Frage der Internationale müsse jede Personenfrage ausgeklammert werden. Aber das darf nicht dazu führen, daß man verschweige, was mit den Bedingungen verbunden ist. Die Delegation sei vor ihrer Abreise darin einig gewesen, daß die Verhandlungen in Moskau nur unter Wahrung der Autonomie der Partei zu erfolgen hätten. Die Bedingungen der dritten Internationale schalten jede geistige Betätigung der Massen aus. Alle Verlage, alle Zeitungen unterfallen einer Zentrale und diese wieder einer illegalen Instanz. Es handle sich jetzt um eine Frage der Organisation, mit deren Hilfe die revolutionären Bewegungen allein zu einer Massenbewegung zu machen sind. Sonst geht die Verbindung mit den Massen verloren. Gen. Dümmig hat eine theoretische Rechtfertigung von uns verlangt. Ich frage, ob die aktuelle Bewegung theoretisch so weit fortgeschritten ist. Es ist konterrevolutionär, die sozialistischen Parteien zu spalten. Man hat uns solches Verhalten während der Kapptage vorgeführt. Die russische „Jostkija“ hat damals selbst eine persönliche Stellung zu der neuen Regierung eingenommen.

tümer in einer jeden dieser einfachen Seelen verborgen sind. Ich fühle, daß ich jetzt meine Sünden abbüße, die ich während dreißig, vierzig Jahren begangen, wo ich als Parasit von fremder Arbeit lebte und immer wie ein Wolf um mich blühte. Jetzt aber erfüllt mich ein Gefühl der Nahrung, wenn ich mit dem Menschen in Berührung komme.“

Er schweigt, wahrscheinlich über die folgenden Gedanken nachsinnend. Draußen dämmert das Morgenlicht.

„Weißt du, hier, weit vom Wirrwarr des Stadtlebens, denkst man tiefer und ruhiger, und hier erst habe ich das russische Volk kennen gelernt, von dem wir, die Intelligenz, früher mit so großem Aplomb gesprochen haben. Jetzt beginne ich hier tief an das Meßkastium Rußlands zu glauben, und nirgends konnte sich der Kommunismus so üppig und schnell entwickeln, als in Rußland. An sich ist der Kommunismus materialistisch, hart, er denkt nur an den Bauch. Wenn er zuerst bei einem von Natur aus materialistischen Volke angewandt würde, so könnte das Bild vielleicht nicht ganz so verlockend erscheinen. Aber das russische Volk ist anders. . . glaube nicht, daß es bei mir Chauvinismus ist, — verstehe, nie bin ich mehr Internationalist gewesen, aber man muß doch die Wahrheit sagen! Blide einmal in diese unermeßliche, grenzenlose, russische Natur. Unsere russische Steppe, kann die eine Grenze haben? Zieht sie sich nicht unendlich in die Ferne? . . . Ebenso versteht der Russe nicht, wie der Mensch eine Grenze, eine Schranke schaffen kann, eine dunkle, sinnlose Furchen ziehen, auf beiden Seiten Pfähle errichten kann, mit der Aufschrift: Das hier ist dein — das dort ist mein. Sein Verstand, sein Gewissen fassen das einfach nicht. Das Umherstreifen ist ja auch eine große Seele und ein feinfühliges Gewissen, und an alles im Leben tritt es mit einer religiösen Andacht heran. Nun hat es dieser prächtig gemauerten Statue des Kommunismus seinen freien Geist eingebaut, und vom Tode erwachend, aufsteht die kalte Leiche. Die Welt soll so sehen, daß es auf einem solch hohen moralischen Piedestal, wie die geschaffene soziale Gleichheit, das Glück auf Erden verwirklicht wird. Du mußt aber nicht glauben, daß das russische Volk aus dem Kommunismus sich einen Fetisch macht, es errät instinktiv, daß die einzige Rechtfertigung eines gerechten sozialen Baues darin besteht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich frei geistig und moralisch zu vervollkommen, und immer höher und höher zu den Himmeln strebend, hier auf Erden zum Gott-Menschen werden, von selbstverleugnender, lichter Liebe zum Nächsten erfüllt.“ (Schluß folgt.)

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

Eine dunkle, aber sternübersäte Winternacht. Kein Mond am Himmel, aber der weiße, ringsum hingelagerte Schnee erleuchtet mir den Weg. Still ist es, kein Lüftchen regt sich, aber es knistert ein eisiger Frost, und zuweilen stößt mir der Atem vor Kälte. Fröstelnd wickle ich mich dichter in meinen alten Mantel, aber es hilft nichts, der Frost durchdringt mich bis auf die Haut, macht mich zittern, mit den Zähnen klappern. Ich beginne zu laufen, aber bald werde ich müde, der Atem stockt mir, ich fühle Geräusch im Kopf, und vor den Augen wird es mir dunkel.

Ich kenne diesen Weg, ich bin ihn mehr als einmal gegangen, als ich Spaziergänge unternahm. Das zunächst der Stadt liegende Dorf befindet sich in einer Entfernung von etwa drei Stunden, jetzt aber will es mir scheinen, als wanderte ich schon eine ganze Ewigkeit, das Dorf ist aber immer noch nicht zu sehen, auch nicht das große Hotel, das, in der Nähe des Dorfes erbaut, für die Gelage der städtischen Bourgeoisie diente.

Ich hatte aber das Gefühl, als würde ich nie im Leben am Ziele anlangen, — das Gefühl einer unendlichen Einsamkeit umfängt einen, wenn es scheint, als wäre keine Vergangenheit gewesen, und als gäbe es keine Zukunft. . . wenn es scheint, als müßtest du ewig das Leid des gegenwärtigen Augenblicks tragen. . . wenn es scheint, als wäre die Zeit stehen geblieben, um deine Qualen unendlich trostlos zu gestalten. . .

Zuweilen jedoch scheint es mir, als beginne ich einzufrieren, als frieren zuerst mein Gehirn, meine Gedanken ein, und ich freue mich scheinbar darüber, wozu existieren sie auch? . . . Sie wirbeln in einem bloß die Seele auf, sie verlegen die Gefühle in stürmischen Aufruhr. . .

„Sind das mal Geschichten, diese Dinge dort vor sich gehen?“ wiederholt mehrmals mein ehemaliger Universitätsfreund, mein Arzt, indem er meine Erzählung von der schrecklichen Hungersnot in der Stadt anhört, und ebenso die Nachricht vom langsamen Hungertode Wewas.

„Ja, Bruder, ein Leben ohne Kinder, ist ein Elend ohne Freude, — mit den Kindern aber haben die Leiden kein Ende.“ Dabei schüttelte er seinen großen kalten Kopf halb vorwurfsvoll, halb im Zweifel über etwas, das sich rätselhaft ins Leben eingeschlichen hat.

„Aber ruhe dich nur aus!“ sagt er beruhigend, „wir wollen ein wenig Milch herbeischaffen, du mußt dich nur inzwischen gründlich erwärmen, um des Morgens den Rückweg anzutreten, es ist schon drei Uhr nachts!“

Ich frage ihn, ob er schon lange hier lebt.

„Seit der Zeit, da die Volkswirtschaft die Nacht erlangt haben, ist diese Stätte ausschweifender Gelage zerstört worden, das frühere Restaurant für Prassereien ist geschlossen worden und ist uns mitsamt dem ganzen Inventar für die Gründung einer Kommune übergeben worden! Es gibt hier augenblicklich vierhundert Kommunisten.“

Meinem erstaunten Blick begegnend, lächelte er freundlich und nicht mit dem Kopfe, als wollte er sagen: „Ich verstehe wohl!“

„Du, als Schriftsteller, bist gewiß erstaunt, daß ich, ein berühmter Arzt in der Stadt, der etwa meine dreißigtausend jährlich verdiente, alles hingeworfen habe, und mit Frau und Kindern in die Kommune gegangen bin? Ha—ha!“ — lacht er gutmütig, „du mein Lieber, bist ja selber ein Russe, und dabei noch ein gründlicher Kenner der russischen Seele, — vor dir liegen die Karten, du mußt es verstehen! Die russische Seele kann niemals an die Erde genagelt werden, dort ist es ihr zu dumpf, vorsteht du, es eselt ihr vor diesem ruhigen Kleinbürgertum, sie strebt ins Freie, sie stürzt in die Welt hinaus; begreift du, ganz unbewußt träumt sie von Heldentaten, von Martyrium! Was sind mir meine dreißigtausend Rubel, mein Auto, die luxuriöse Wohnung wert, wenn ich ewig als ein Bespizener umhergehen muß? — hier liegt das Rätsel der russischen Seele, die so krankhaft feibelhaft ist. Niemand als sie selber bespizt sich, versteht du, wenn sie fett geworden, tief in die Kleinbürgerliche Glückseligkeit versinkt. Dann beginnt der Russe schwermütig, traurig zu werden, dann stürzt er sich in ausschweifende Schwelgerei. Von der grauen Alltäglichkeit des Lebens „trübt“ meine Seele, dieser Ausdruck existiert ja auch allein in der russischen Sprache.“

Ich frage ihn:

„Und jetzt?“

Jetzt, wiederholt er, seinen kalten Kopf kratzend, „Jetzt fühle ich, daß ich mich auf dem rechten Wege befinde, ich lebe mit ruhiger Seele, ich arbeite, ich pflege die Bauern, die Kommunisten, und ich fühle mich wohl dabei, der Bauch ist immer voll, und was braucht der Mensch noch mehr, wenn seine Seele ruhig ist? Auch meine Frau, diese frühere mühsige Dame, arbeitet, und die Kinder wachsen heran. Die Hauptsache aber ist die, verstehe Mensch, daß dieses widerwärtige, erdrückende Gefühl der Geldgier, der Feindseligkeit zu den Menschen geschwunden ist. Ich bin den Menschen näher getreten, — wenn du nur wüßtest, welche grenzenlosen Reich-

Die Bestimmung unserer Politik darf uns nicht aus der Hand genommen werden. Ueber die Politik eines Zusammenschlusses mit Rußland zum Krieg gegen die Entente werde ich nicht diskutieren. Diese Idee findet bereits Unterstützung. Soll aber in solcher ungewisser Frage die deutsche Arbeiterklasse von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden? Sollen wir die deutschen Arbeiter von der Aufklärung hierüber abhalten? Ich fürchte, daß die russische Revolution im dialektischen Prozeß umschlägt in die Forderung der Kontinentalrevolution. Wir dürfen nicht auf die russischen Bolschewiken schauen, sondern auf die Defonome. Die Forderung der Kontinentalrevolution stehen heute in England und Deutschland. Jeder Sozialist müsse sich auflehnen gegen die russischen Bedingungen. (Starker Beifall.)

Adolf Hoffmann: Der Arbeiter hat begriffen, daß es um seinen Kopf und Krutzen geht. Er hat begriffen, daß eine geschlossene Internationale der Arbeiterklasse notwendig ist. Gen. Hilferding hat gesagt, wie sich die Massen verhalten werden. Diese sind für den Anschlag. Wir müssen uns vor einem neuen vierten August hüten. Auf diese Ermüdung seien die Bedingungen der dritten Internationale zurückzuführen. Ich habe dem Terror nie das Wort geredet, aber wie die weitere Entwicklung verlaufen ist, werden die Massen den Terror über den Kopf der Parteiführer hinweg ausführen. Es kommt nicht auf den Namen einer Partei an, sondern auf das, was dahinter steht. Das Parteiprogramm sei nicht ausgeführt, sondern unterbunden worden. Wir erleben heute Einspruch gegen die öffentliche Kritik an den russischen Zuständen. Ich habe die größte Verehrung für Kautsky. Ich verachte ihm meine ganze sozialistische Schulung. Aber Kautsky sei den russischen Genossen durch seine Schrift in den Rücken gefallen. Hoffmann habe damals Kautsky vor der Veröffentlichung gewarnt. Wir müssen es anerkennen, daß sie jetzt an der Front und im Hinterland eine außerordentliche sozialistische Propaganda entfalten. Wenn die Frage von vornherein als Frage für oder gegen die Bedingungen behandelt worden wäre, hätte die Debatte unmöglich diesen Verlauf nehmen können. (Beifall.)

Blod (Leipzig): In dem März 7 wird immer unterblümt der Hinweis auf Kautsky und Hilferding gefordert. Die Bedingungen räumen einer Zentrale das uneingeschränkte Ausschlußrecht ein. Darüber könne man doch nicht hinweggehen. In der Rede Däumigs und noch deutlicher in der Rede Geyers waren Gedankengänge enthalten, die sehr verwandt sind mit Auffassungen, die in letzter Zeit wiederholt in der „Roten Fahne“ aufgetreten sind. Ich möchte ihre Tendenz als Halbnationalbolschewismus bezeichnen. Wir sollen uns heute ausgehungert in einen Waffengang mit Frankreich hürzen. Solche Forderung ist in diesem Augenblick ein Verbrechen. In der nächsten Zeit werde um die Seelen der Arbeiterklasse geworben werden. In diesem Kampfe erwarte ich von dem Zeitungsdienst eine durchaus objektive Haltung. (Starker Beifall.)

Eichhorn weist den törichtesten Gedanken zurück, als ob es den russischen Kommunisten darauf ankäme, die deutsche Arbeiterklasse in den Krieg gegen die Entente zu treiben. Das Gelingen des Nationalbolschewismus macht auf mich keinen Eindruck, er wird von den Kommunisten selbst aufs Schärfste abgelehnt. Eichhorn schildert das Werden der ersten und zweiten Internationale. Das Verlangen der zweiten Internationale am 4. August 1914 beruhte wohl nicht allein auf der Autonomie, sondern auf ihren faulen Teilen. Aber hätten wir eine frasse Zentralisation damals gehabt, so hätte man viel früher die zweite Internationale reinigen oder umbilden können. Hilferding ärgert das Ausnahmegericht. Gerade da war alles streng zentralisiert aufgebaut. (Zuruf!) Eine illegale Organisation wie sie damals bestand, konnte gar nicht anders als zentralisiert organisiert sein. Ich war auch bis 1916 noch für die Autonomie der einzelnen Parteiorganisationen und habe Rosa Luxemburg und Liebknecht deswegen belächelt. Aber die Revolution hat uns das Gegenteil gelehrt. Wir brauchen eine Exekutive, die Gewalt hat, die Parteien ausschließt, die sich nicht fügen. Ich spreche die neue Internationale nicht als eine Art Seminar für Erlösung des wissenschaftlichen Sozialismus, wie es die zweite Internationale war, sondern als eine Kampforganisation an. Eichhorn wendet sich ebenfalls gegen die Darstellung der russischen Zustände, die der antibolschewistischen Liga auf ein Jahr Stoff gäben. Wenn wir eintreten, haben wir mitzubestimmen. (Einspruch Dittmanns.) Man darf nicht über alle diese Dinge stolpern. Man muß einfach den Verstand sprechen lassen in solchen revolutionären Zeiten. Eichhorn weist darauf hin, daß auch in der alten Partei der Parteivorstand sich die Kontrolle über die Parteipresse vorbehielt. In der Praxis sind solche Dinge eben Selbstverständlichkeiten. Man kann nur solange in einer Partei sein, als man ihre Grundzüge anerkennt. (Stürmische Zustimmung von allen Seiten.) Diese Bestimmungen werden uns nicht davon abhalten, zur dritten Internationale zu gehen. (Lebhafte Beifall.)

Beckstein meint, daß die Reden von beiden Seiten nicht mehr überzeugen könnten. Es sei also gleichgültig, angeregt oder weniger angeregt zu diskutieren. Es muß aber betont werden, daß die internationale Solidarität seit jeher von uns gewahrt worden ist und immer geübt werden wird, gleichviel, wie wir theoretisch zu Sowjetrußland stehen. (Sehr richtig!) Die Bestätigung dieser internationalen Solidarität gegenüber Sowjetrußland muß uns aber überlassen bleiben, die müssen wir selbst bestimmen. (Sehr richtig!) Wir glauben der Sowjetrepublik den besten Dienst zu erweisen, wenn wir ausschließlich und freimütig Kritik üben. Das wäre eine traurige Internationale, die die freie Kritik unterbinden würde. Obwohl ich selbst wahrscheinlich auf dem Mars der dritten Internationale geopfert werden soll, so betone ich doch auch hier, was ich immer betont habe, daß wir mit den russischen Kommunisten zur Einigung kommen müssen. Aber wenn wir diesen Bedingungen entsprechen, dann leisten wir der deutschen Revolution nicht den Dienst, den wir ihr nach unserer Einsicht leisten müssen. Die Bedingungen sind nicht abzuweichen, sie sind ultimativ. Beckstein ist überzeugt, daß die Deutschen strengere Bedingungen haben als beispielsweise die Franzosen. Die Russen haben eine deutsche Revolution nach ihren nationalen Erfordernissen nötig, die sie selbst geistig und physisch von Moskau leisten wollen. Ich habe für Würde, für Namen und Embleme nicht viel übrig. Es kommt einzig und allein darauf an, ob die Dinge einen Fortschritt für die Revolution bedeuten. Und das kann ich hier nicht anerkennen. Es handelt sich nicht um die Würde, sondern um den Einfluß und wir würden in Moskau immer in einer hoffnungslosen Minderheit bleiben. Auch der Ausschluß wird der Revolution nicht dienen. Beckstein nimmt Kautsky warm in Schutz gegen die Vorwürfe, daß er selber Kontinentalrevolution sei. Auch unsere Revolution muß ausgehen auf Wissenschaft und Theorie. Ich wünsche die Beantwortung der entscheidenden Frage: Anerkennen die Anhänger der dritten Internationale die Diktatur des Proletariats, so wie sie in Rußland ausgeübt wird? Denn dort herrscht nicht die Diktatur des Proletariats, nicht die der kommunistischen Partei, sondern die Diktatur einiger weniger Führer. Das mag gut oder schlecht sein, das ist aber so. Es ist nicht nur der Revolutionär, der diese Bedingungen unbedenken schließt, der revolutionäre Charakter einer Partei hängt davon ab, was man in seinem Lande unter Einsetzung aller Opfer zu tun gewillt ist. (Lebhafte Beifall.)

Brach-Kempe steht auf dem Standpunkt, daß es keine Unmöglichkeit geben kann. Wenn wir als revolutionäre Partei gelten und unsere Pflicht tun wollen, müssen wir über kurz oder lang zu einem Verhältnis mit der dritten Internationale kommen. Wenn die Russen bei diesen Bedingungen die Weisheit haben werden lassen, die ich sonst an ihnen bewundere, so ist es doch durchaus möglich, daß die Russen aus ihren Verhältnissen heraus zu einer solchen Beurteilung gekommen sind. Wir haben festzustellen, was an diesen Bedingungen auszuheben ist. Rußland handelt auf Grund von Erfahrungen, die es in der Revolution gemacht hat. (Zuruf: In der russischen!) Nein, auch in der deutschen. Die Kommunisten sind gebildet worden von ihrer Taktik und haben sich unserem Standpunkt entschieden genähert. Mit dem Generalstreik allein erreichen wir nicht die sozialistische Macht. Wir müssen uns auch darüber klar werden, daß wir bei den Endkämpfen um den bewaffneten Rußland nicht herumkommen. Jetzt stellt sich, daß die Konsequenzen für diese Anlehnung bis jetzt nicht gezogen worden sind. Das ist dem Genossen im Land nicht unbekannt. Der Scheitern nach der Einigkeit ist

der Arbeiterklasse nicht eingeschrieben, sondern er ist aus der Not des Kampfes erwachsen. Die Möglichkeiten zur Erhebung sind doch gegeben, einen Zeitpunkt zu bestimmen, bin ich nicht vermessend genug. Die Arbeiter werden aus eigener Erfahrung den Kampf führen mit dem schärfsten Terror. Das sagen unsere besten Genossen, die kalten Blutes die Flinte auf die Schulter nehmen und an die vorderste Stelle eilen. Dann werden wir sogar die Diktatur über das Proletariat ausüben müssen. Wir haben es dann auch mit undisciplinierter Massen zu tun, die gebändigt werden müssen, soll es nicht zum Chaos kommen. Genau das gleiche gilt von der Pressefreiheit. Das sind gesammelte Erfahrungen, die man nicht aus dem Auge lassen darf. Wir werden sogar nicht anders können, den Terror in unseren eigenen Reihen durchzuführen. Das sind die Meinungen der Arbeiter, die gekämpft haben. Wir werden Verbrecher sein, wenn wir den Leuten sagen, wir wollen die Diktatur und führen sie nicht durch. (Lebhafte Beifall.)

Gen. Rinkler: Das Zentralkomitee hat gemeinsam das Antwortschreiben an die dritte Internationale durchberaten und gerade Däumig und Stoeder hätten hieran einen großen Anteil. Auf der Grundlage dieses Schreibens hätten Stoeder und Däumig in Rußland verhandeln sollen. Ich habe im Dezember zu der Gruppe gehört, die bedingungslos für den Anschlag an die dritte Internationale war, aber die jetzt vorgelegten Bedingungen laufen auf eine Zertrümmerung unserer Partei hinaus. Ich bin erkrankt, daß gerade Gen. Däumig sich den Bedingungen unterwerfen will. Nicht in Worten erkennen wir den Revolutionär, sondern da, wo das Einlegen der eigenen Person im Kampfe notwendig wird. Alles was die Freunde von der Räteorganisation am 9. Mai d. J. beschlossen haben, würde durch die Bedingungen der dritten Internationale über den Haufen geworfen. Eine Partei, die die politische Meinungsfreiheit nicht ertragen kann, ist ein politischer Leichnam.

Gen. Ledebour teilt zur Geschäftsordnung mit, daß Gen. Ballod aus Rußland zurückgekehrt sei und hier als Gast bewohne. Gen. Ledebour fragt an, ob die Konferenz ein Referat dieses Genossen entgegennehmen möchte. Der Vorschlag findet große Unterstützung. Zunächst aber wird die Debatte weitergeführt.

Wilhelm Herzog: Wenn man aus der Sonne Moskaus zurückkehrt und hier in perfider Weise angegriffen wird, so möchte man verzweifeln. Ich muß mich gegen diese Angriffe verteidigen. Sie gingen zuerst aus von dem Rechtssozialisten Heinemann. Hilferding hat behauptet, ich hätte Gelder der bürgerlichen Regierung unterschlagen. Ferner soll ich mit der antibolschewistischen Liga verhandelt haben. Diese Verhandlungen sollen sich an meinen hohen Forderungen zerklüftet haben. Dieser Angriff ist von der „Weltbühne“ ausgegangen. Herzog habe daraufhin den Herausgeber der Weltbühne, offensichtlich als Verleumder und Missetäter bezeichnet, ohne daß dieser Klage gegen ihn erhoben habe. Der „Bormärts“ habe denn ja auch die Anschuldigungen juristisch genommen. Der Vorsitzende der U. S. P. D. habe dann gestern diese Angriffe wiederholt. Es sei unklar, ob eine Unterjudung gegen Herzog erst von Crispian angeregt worden sei. Er habe selbst diese Unterjudung beantragt. Die persönlichen Angriffe sind identisch mit den Angriffen wegen meines Verhaltens in Moskau. Auf die Frage, wer Herzog nach Moskau geschickt habe, verliest Herzog einen Brief eines Mitgliedes der kommunistischen Internationale, aus dem hervorgeht, daß man ihn als Publizist eingeladen habe. Da Herzog sehr weisheitsvoll wird, wird er wiederholt unterbrochen, erhält aber zur Widerlegung der persönlichen Angriffe verdächtige Redezettel. Die Mentalität der Bolschewisten und der deutschen Unabhängigen sei wie Tag und Nacht. Nach 40 Minuten Redezeit entscheidet die Konferenz, daß Herzog abtreten müsse.

Es folgten einige persönliche Bemerkungen. Crispian hebt die Anklagepunkte hervor, die gegen Herzog vorliegen. Zur Debatte spricht nachher noch Gen. Ernst: Die Aussprache über die dritte Internationale komme zu spät. Von der Zentrale sei viel verabsäumt worden. Das Moskau programmatisch festgelegt habe, sei unannehmbar. Die Erfahrungen der Kampftage lehren die Unmöglichkeit der in den Bedingungen enthaltenen Zentralisation. Die Diktatur habe sich im Industriegebiet gerade dort bewährt, wo sie von unten heraufkam. Es berührt eigentlich, daß gerade die Parteigenossen die Annahme der Bedingungen befürworten, die bisher die Auffassung vertreten haben, daß der Aufbau der revolutionären Organisationen von unten aus zu erfolgen habe. Es muß jetzt in der Partei Klarheit geschaffen werden. An den Toren Deutschlands steht die Reaktion. Wir müssen Schlüsseln machen mit dem Parteigang und kämpfen für die deutsche Revolution und für die Weltrevolution. (Beifall.)

Referat Ballods

Ballod erklärt, daß er in Moskau im Auftrage der lettischen Regierung war und daß er sich getreut hat über diese Gelegenheit, die russischen Zustände zu beurteilen, da er sich seit 20 Jahren mit der russischen Volkswirtschaft beschäftigt habe. Ich hatte auch die Meinung, daß Sowjetrußland wirtschaftlich uns und wir Rußland stützen könnten. Ich bin von dieser Meinung abgekommen. Genosse Ballod erklärt, daß aus klimatischen Gründen die russische Nahrungsmittelversorgung stark beeinträchtigt sei, nämlich durch die große Dürre in der sog. schwarzen Erde. Das ganze Wolga-Gebiet hat wenig über das Saatforn geerntet. Es gibt gewiß Vorräte, aber sie reichen nicht aus. Die Frage ist, ob es möglich ist, daß Rußland überhaupt allein durchkommt. Die Transportfrage ist ja etwas gegen das Vorjahr bestanden, aber das Transportwesen kann natürlich nicht im entsetzlichen den Anforderungen gerecht werden. Ballod schildert ausführlich die völlige Entwertung des Geldes, die dazu führt, daß die Bauern nur sehr ungern gegen das Papier Produkte abgeben, wenn sie überhaupt welche abzugeben haben. Der Redner legt auch ausführlich dar, daß vor einer Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Rußland dringend zu warnen ist, wenn diese nicht gut organisiert und vorbereitet ist. Ballod vergleicht die Aufwendungen, die Rußland zur Abwehr der Invasion zu machen hat, mit denen Deutschlands während des Krieges. Er weist darauf hin, daß Deutschland 20 Millionen Tonnen Getreide früher eingeführt hat, während Rußland 20 Millionen Tonnen Getreide ausgeführt hat.

Das Entscheidende ist nicht, wer die Diktatur ausübt, sondern was geschieht wird. Man muß anerkennen, daß die Bolschewisten offen sind, allerdings nicht so offen, als man wünschen möchte. Ballod schildert an vielen Einzelheiten, zu welchen Schwierigkeiten die Not und die herrschenden Zustände geführt haben. Die industrielle Produktion ist auf ungefähr ein Fünftel bis ein Sechstel der Friedensproduktion zurückgegangen. Das liegt zum Teil am Rohstoffmangel, zum Teil aber auch daran, daß die Bauern flüchten usw. gegen das Sowjetgeld nicht herausgeben. Die prinzipiellen Methoden passen eben den Bauern nicht. Man hat offiziell das Motto aufgestellt: Beraube die großen Bauern, leide gerecht gegen die mittleren Bauern, bestimme und schütze die armen Bauern; aber auch dieses Prinzip verbessert die allgemeine Lage nicht. Zum Beweise, daß der Rohstoffmangel allein nicht am Niedergang der russischen Wirtschaft schuld ist, verweist Ballod auf die Zuckerindustrie, wo die Rohstoffe da sind, trotzdem sie es nicht gelingen, die Zuckerindustrie in Gang zu setzen. Ballod betont allerdings, daß der Bürgerkrieg natürlich die Hauptschuld an den Verhältnissen trage.

Das Doneschloßbeden hat schon durch den deutschen Einmarsch gelitten, dann belegten es die Ukrainer, dann Demitkin. Es ist klar, daß die Ertragsfähigkeit darunter zu leiden hat. Es sind gegenwärtig 100.000 Arbeiter da beschäftigt, trotzdem wird nur ein Sechstel des Friedensstandes gefördert. An Petroleum und Erdöl hat Rußland ungeheure Vorräte, aber durch die Transportfrage ist es unmöglich, diese Vorräte ins Innere Rußlands zu bringen.

Ballod würdigt die Leistung und den Idealismus der führenden russischen Genossen. Aber er sagt auch, daß es nicht geklärt haben, die Wirtschaft in Gang zu setzen. Er zieht wiederum den Vergleich mit Deutschland, das als Getreideeinführland vier Jahre gegen die Weltisolation standgehalten hat. Die russischen Arbeiter waren im Anfang durchweg landwirtschaftlich gekannt, sie dachten nicht an ihre Arbeitgenossen, sondern nur an sich. Es ist heute genau der alte Antisemitismus, der Bürokratismus, der auch unter dem Jargon geperchelt hat. Von einer rationalen

Durchführung der Sozialisierung kann man leider nicht reden. Ballod erklärt das ungeheure Anschwellen der Staatliche Verwaltung, daß die Not einfach viele Leute zwang, staatliche Verwaltung anzunehmen.

Zum Abgeben an Deutschland würde es selbst nicht langem, wenn jetzt mit Polen Frieden gemacht wird und die ganze Armee in Arbeitszwecke benutzt würde. Man kann zu den Russen gehen wie man will, sie haben nicht den Beweis erbracht, daß sie in ihrem Lande den Sozialismus aufzurichten imstande sind. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Zieh dankt dem Referenten für den Vortrag. Eine Anekdote des Genossen Adolf Hoffmann, dem Genossen Stoeder ein kurzes Referat zu den Ausführungen Ballods zu gewähren, wird dadurch erledigt, daß Stoeder erklärt, in seinem Schlußwort auf Ballods Ausführungen einzugehen.

Genosse O. Buch-Düsseldorf stellt dann an den Genossen Ballod die Anfrage, wie es mit der Urallindustrie und der Rüstungsproduktion stehe.

Ballod beantwortet die gestellten Fragen. Im Ural sind den 67 Hochöfen noch 19 in Betrieb. Die Hauptschuld ist die ungenügende Versorgung der Urallbevölkerung mit Lebensmitteln. Die heutige russische Armee ist mit den besten, modernsten französischen Gewehren und Geschützen versehen, die zum Teil aus England, zum Teil von Koltischak und Demitkin stammen. Die Nachlieferung ist noch relativ am günstigsten. Am schwierigsten ist die Salzversorgung. Man hat an der lettischen Grenze für 1 Rubel Salz 1 Rubel Fleisch, trotzdem das Lettland einen hundertfach höheren Preis hat. Die Schifffahrt unterliegt ebenfalls einem starken Zusammenbruch.

Eichhorn ist mit Crispian einverstanden, daß über Ballods Referat diskutiert wird. Er meint, daß Ballod den Wert wissenschaftlichen Darlegungen abgeschwächt habe durch seine politischen Schlussfolgerungen.

Auf eine weitere Anfrage über die Rolle des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens erklärt Ballod, daß er darüber genügend unterrichtet sei.

Darauf wird die Debatte geschlossen und die Sitzung am Freitag vertagt. Es sollen noch die Schlußworte der Referenten entgegengenommen werden.

Berichtigung. In der Rede des Genossen Stoeder, die in der gestrigen Morgen-Ausgabe veröffentlicht ist, ist ein Satz weggelassen, auf dessen Wiedergabe Genosse Stoeder ausdrücklich den Wert legt. Es handelt sich um den einleitenden Satz, in dem Genosse Stoeder seine Rede begann und der also lautet: „Gegenüber den Worten Crispian, daß er in Rußland geradezu niederschmetternden Eindruck bekommen habe und gegenüber den Worten Dittmanns, für die ich absolut kein Verständnis habe, lege ich Wert darauf, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß wir uns nach wie vor in jeder Weise mit den russischen Genossen solidarisch erklären.“ Genosse Stoeder fand mit diesen Worten starken Beifall bei den Delegierten. — Der Berichterstatter stellt fest, daß der einleitende Satz des Genossen Stoeder durch den Wechsel in der Berichtsaufnahme verlorengegangen ist.

Stimmen der Parteipresse

„Vollwille“ (Augsburg).

Bis jetzt ist noch nicht viel in die Öffentlichkeit gedrungen, daß annehmen ist, daß die Delegation nicht viel Erreichtes zu berichten weiß. Es ist aber anzunehmen, daß die Konferenz am 1. September tagen soll, und an der alle „Instituten“ teilnehmen, sich mit dem Ergebnis befassen soll. Wir müssen sich ansehen, wie haben kein rechtes Vertrauen zu beratigen Konferenzen. Erinnern wir uns nur an die letzte, die Ende September tagte, und ein Resultat zeitigte, das dem in November in Berlin angenommenen Aktionsprogramm geradezu Hohn lachte. Es ist vielleicht kein Zufall, daß gerade ein bayerischer Delegierter, der schärfste Aktivist gegen die Leipziger Beschlüsse ritt, allerdings keine Gefahr vor, daß man sich ob seines Opportunismus rühmlich mache, Crispian und Hilferding hatten schon den „Ton“ gegeben. Neue Konferenz hat denn auch ihren Zweck vollbracht, das Aktionsprogramm trat in den Hintergrund und angebend war Hilferding in der „Freiheit“. Sollte die neue Konferenz den gleichen Zweck haben? Sehr wahrscheinlich, denn liegt Gefahr vor, daß die Opportunisten ins Gedränge kommen? Die Delegation hatte nämlich aus Moskau ganz bestimmte Dinge mitgebracht und zwar die Aufforderung an unsere Partei, sich zu reinigen von den opportunistischen Führern, damit die Partei ihrem revolutionären Handeln und in ihrer revolutionären Entwicklung nicht gehemmt werde. Diese Ordre ist sehr deutlich wird wohl auch von allen Genossen, deren Urteil nicht getrübt wird, richtig verstanden werden. Nun muß die U.S.P. die Beschlüsse des Beitritts zur 3. Internationale klar und deutlich bekräftigen, es darf kein Hin- und Herlavieren mehr geben zwischen dem notwendigen Anschlag an eine kampffähige internationale Proletariatsorganisation und der Sympathie zu den Führern, die diesen notwendigen Anschlag mit allen Mitteln zu hintertreiben verstanden haben. Moskau war aber noch deutlicher und hat bereits einige Namen genannt, die dem Anschlag der U.S.P. an die Internationale im Wege stehen u. a. Kautsky und Hilferding. Es ist sehr bedauerlich, daß sich unsere Partei erst aufordern lassen muß, einer Notwendigkeit zu entsprechen. Wenn mit dieser Aufforderung aber dem Anschlag die Wege geebnet wären, könnte man sie hinnehmen, aber es muß leider angenommen werden, daß die Kommissare Kautsky wie auch Hilferding sträuben werden, die Kommissare aus der Aufforderung zu ziehen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß man die Konferenz zusammenruft, um den Parteivorstand zu verewern, den opportunistischen Führern den größten Einfluß in der Partei sicher und den Anschlag an die 3. Internationale weiter hinauszuziehen. Dieser eventuelle Praxis muß mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Ohne Rücksicht auf Beschlüsse der Konferenz, die in der angegebenen Richtung liegen könnten, müssen wir uns ans Werk machen, um unsere Partei aufnahmefähig zu machen.

Belanlich beschloß vor nicht ganz einem Jahr der Landesparteitag der U.S.P. Bayerns, den Anschlag an Moskau. Daraus kam durch diesen Beschluß der Wille der Mitglieder zur Ausdrück. Und was haben wir in der Praxis erlebt? Der Landesparteitag, der auf dem Parteitag neu gewählt oder bestätigt wurde und dessen Einzelmitglieder sich wohlbewußt sind, daß der Landesparteitag die Beschlüsse des Parteitages nicht nur zu revidieren, sondern mit aller Kraft zur Durchführung zu bringen die ausführende Körperschaft der Beschlüsse in Bayern hat, bisher darin gefallen, in punkto Anschlag an die 3. Internationale auf den Beschluß zu pfeifen. . . . Der Schaden ist gar nicht abzusehen, den dieser zäh und heimlich geführte Kampf unserer Partei zugefügt hat. Alle Kräfte waren angespannt, sie dienten nicht der notwendigen Revolutionierung der Kräfte, sondern dem Kampf des Spießbürgertums gegen die Revolution.

Ein klassischer Ausspruch eines in den Reihen der bayer. U.S.P. angehenden Führers mag hier Raum finden. Er lautet: „Der Kampf muß aus der U.S.P. hinaus, der ist viel zu revolutionär.“

Genossen, es wird Zeit, daß ihr eure Stimme erhebt, es heißt mehr davon ab, als nur den einmal ausgeprochenen Willen der Partei zur Durchführung zu bringen, es hängt vielmehr heute der Bestand unserer Partei als revolutionäre Partei davon ab, es hängt von dieser Willensfindung die Geschlossenheit des revolutionären Proletariats ab. Genossen, wir weiter zu, daß die Führer unserer Partei dieser ihr einprägen geben, daß sie nicht mehr in eine revolutionäre Internationale paßt, dann ist der Daseinszweck unserer Partei verfehlt. Das darf nicht geschehen. Mit nichtslegenden Gründen hat man die Einberufung eines Landesparteitages hinausgeschoben, auf dem solartige Klärung hätte geschaffen werden können. Wir fordern deshalb die schleunigste Einberufung des Landesparteitages für Bayern und konsequente Durchführung aller Maßnahmen zur Reinigung unserer Partei von Opportunisten und Spießbürgern.

Die Moskauer Bedingungen sind bekannt, nachdem unsere Genossen zurückgekehrt sind. Wir sollen wie ein Bürger in Sad und...

Gerade die Organisationsform, die uns Moskau aufzwingen will, ist das Entscheidende bei unserem ablehnenden Standpunkt. Ueber die Begriffe Bürgerkrieg, Terror usw. läßt sich streiten.

Die von Moskau vorgeschriebene Organisationsform nimmt aber unserer Partei jede Selbständigkeit des Denkens und Handelns. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale...

Betriebsräte

Ungenauigkeiten bei der Zusammenstellung der Wahlberechtigten

Uns wird geschrieben: Die Gruppe 9 (Lebens- und Genussmittelgewerbe) der Vereinigten Betriebsrätezentrale...

Achtung, Angestelltenräte!

Die Unternehmer sind emsig damit beschäftigt, Material zusammenzutragen, um zu beweisen, wie stark die Befragung der Betriebe mit unproduktiven Ausgaben durch die Betriebsräte...

unsererseits so schnell als möglich eine Umfrage zu veranstalten. Wir haben daher an alle unsere Betriebs- und Angestelltenräte...

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsrat der Groß-Berlin. Flatau. Liebeskind.

Achtung Betriebsräte bei Abschluß von Arbeitsordnungen. Die Unternehmer versuchen dem gemeinsam vereinbarten Text der Arbeitsordnung (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 35) für die besonderen...

Gewerkschaftliches

Für die Kommunalisierung des Baugewerbes

Das neue Groß-Berlin steht wirtschaftspolitisch vor ungeheuren Aufgaben. Zehntausende Familien sind ohne Wohnung und doch...

Die elenden Zustände im Baugewerbe und die große Wohnungsnot, herbeigeführt durch die infolge der kapitalistischen Profitwirtschaft eingetretene Vertenerung der Material- und Baupreise...

Lohnbewegung der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Die Betriebsräte und Funktionäre der Berliner Brauerei- und Mühlenarbeiter nahmen am Donnerstag den Bericht ihres Bevollmächtigten...

Nach lebhafter Diskussion nahm die Versammlung einstimmig eine Entschliessung an, in der dieses Angebot abgelehnt wird. Die Lohnkommission wird beauftragt, nochmals mit den Arbeitgebern zu verhandeln...

Die Lage im Bade- und Massageberuf

Am 31. August 1920 nahm eine gut besuchte Versammlung der Privatbadeanstalten Berlins im Lokal zum „Goldenen Löwen“...

Beschäftigt werden. Da viele Angestellten einer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht angehören, so wird gebeten, daß das...

Arbeitsgeber-Freiheit. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Zu den Firmen, die es nicht für notwendig...

Tarifvertrag für die gemeindlichen Angestellten. Die in dem Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände...

Falscher Brief Spanda. Die Auszahlung für die A. und B. Gewerke findet diesen Sonnabend nicht statt.

Groß-Berlin

Die vorübergehende Kartoffelnot

Der Berliner Magistrat vorbereitet nachstehende Mitteilung: „In mehreren Zeitungen finden sich Angriffe gegen den Magistrat wegen der von ihm veranlaßten ganz vorübergehenden...

Die Notiz, die der Berliner Magistrat zurückweist, stammt sicherlich von Gegnern der Zwangswirtschaft, die dem Magistrat wegen seines Eintretens für die Zwangswirtschaft...

Hungerlöhne auf dem Lande

Die hohen Lebensmittelpreise werden von den Agrariern u. a. auch mit den hohen Löhnen begründet, die sie zahlen müßten.



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos Kukirol 100000fach bewährt...

Freiheit-Buchhandlung

Breite Straße 8-9

Bis 6 Uhr abends geöffnet

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln, Bergstr. 29 * Geöffnet von 8-6 Uhr

Verkauf auch an Nicht-Neuköllner Billige Woche

Billige Woche

von Montag, 30. August bis Sonnabend, 4. September

Gewaltige Preisherabsetzung in allen Abteilungen

- Herren-Anzüge von 190.- bis 545.-
Einfegnungs-Anzüge von 145.- bis 450.-
Herren-Hosen, gestr. von 60.- bis 175.-
Herren-Winter-Mäntel von 115.50 bis 450.-
Herren-Sport-Mäntel 325.- 350.-
Herren-Winter-Paletots 380.- 395.-
Herren-Herbst-Paletots, marengo 345.-
Damen-Kostüm, hellfarbig 125.- 295.-
Damen-Blusen 30.80 bis 120.-
Damen-Röcke von 32.50 bis 160.-
Damen Winter-Mäntel von 132.75 bis 390.-
Damen Sommer-Mäntel 195.- 335.-
Damen-Florstrümpfe 12.65
Damenstrümpfe, gestrickt 15.55 16.85
Herren-Florsocken, schwarz u. farb. 8.50 9.35
Damenstiefel von 106.- bis 150.-
Damen-Halbschuhe von 55.- bis 85.-
Herrenstiefel von 98.- bis 110.-
Kinderstiefel von 35.- bis 69.-

Ein großer Posten Instandgesetzter Socken das Paar von 2.75 bis 4.35 Nur bestes Kernleder gelangt in unserer Beschianstalt zur Verarbeitung Für die kühle Witterung sehr preiswerte wollene Umschlagtücher

